

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe
- Der Vorsitzende -

11011 Berlin, 18. Juli 2011
Platz der Republik 1
Tel.: (030) 227-33550
Fax: (030) 227-36051

Bericht
über die Delegationsreise
des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
des Deutschen Bundestages
nach Algerien, Marokko und Westsahara
vom 13. – 17. Juni 2011

Inhaltsverzeichnis

A. Vorbemerkungen

B. Länderberichte

I. Algerien (Tindouf)

1. Allgemeiner Sachstand

2. Details aus den Gesprächen

2.1 Sahraouis und Polisario

2.2 Besuch beim „Parlament“

2.3 VN-Institutionen

2.4 Vereinigung der sahraouischen Gefangenen und Verschwundenen

II. Westsahara

1. Allgemeiner Sachstand

2. Details aus den Gesprächen

2.1 Staatliche Stellen der Region

2.2.1 Parlamentarier

2.2.2 Gespräch mit dem Wali von Laayoune – Boujdour – Sakia El Hamra, Herrn Lkhalil Dkhil

2.2.3 Nationaler Menschenrechtsrat

2.3. NGOs mit staatlicher Anbindung (Gongos)

2.4 NGOs

2.4.1 CODESA

2.4.2 ASVDH

2.4.3 CODAPSO

2.4.4 Besuch bei einer sahraouischen Familie

2.5 MINURSO

III. Marokko

1. Details aus den Gesprächen

1.1 Auswärtiger Ausschuss des marokkanischen Parlaments

1.2 Nationale Kommission für Menschenrechte (CNDH)

1.3 Marokkanisches Außenministerium

C. Empfehlungen

D. Dank

A. Vorbemerkungen

Mit Genehmigungen des Präsidenten des Deutschen Bundestages reiste eine Delegation des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe in der Zeit vom 13. – 17. Juni 2011 nach Algerien, Marokko und in die Westsahara. Mitglieder der Delegation waren:

Frank Heinrich, MdB (CDU/CSU, Delegationsleiter),
Angelika Graf, MdB (SPD),
Serkan Tören, MdB (FDP),
Heike Hänsel, MdB (DIE LINKE.),
Volker Beck, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Cornelia Preusche (Dolmetscherin),
Andrea Kerstges (Leiterin des Ausschussesekretariats).

Die Reise stand im Zusammenhang mit der Auflösung des Protestlagers in der Westsahara am 8. November 2010 als marokkanische Sicherheitskräfte das Lager außerhalb der Stadt Laayoune räumen ließen, wobei es zu Toten und Verletzten kam. Neben allgemeinen Fragen der Menschenrechte sollte vor allem die Situation der Sahraoui in der Westsahara und in Algerien in dem Flüchtlingslager in Tindouf thematisiert werden. In den Gesprächen mit Regierungs- und Parlamentsvertretern Marokkos, der Frente Polisario in Algerien, den Vertretern des UNHCR und von MINURSO sowie den Vertretern von Menschenrechtsorganisationen der Sahraouis ging es zum Einen um die humanitäre Situation der Betroffenen sowohl in dem Lager in Tindouf als auch in der Westsahara und zum anderen um die politische Frage eines Referendums und einer möglichen Unabhängigkeit der Westsahara. Das Flüchtlingslager in Tindouf ist zwar auf algerischem Boden und gehört de Jure zum algerischen Staatsgebiet, de Facto überlässt die algerische Regierung jedoch die Kontrolle der Frente Polisario (Frente Popular de Liberacion de Saguia el Hamra y Rio de Oro), der politischen Vertretung der Sahraouis. Der völkerrechtliche Status der Westsahara ist umstritten. Seit 1884 war es spanische Kolonie. 1963 wurde die Westsahara von den Vereinten Nationen in die Liste der Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung aufgenommen. Nach Abschluss des Vertrags von Madrid 1975 zog

sich Spanien aus der Westsahara zurück und die Verwaltung fiel an Marokko und Mauretanien. 1976 rief die Polisario die „Demokratisch-Arabische Republik Sahara“ aus. Die politische Vertretung der Sahraouis, Polisario, fordert ein Referendum über den Status der Westsahara. Marokko behandelt die Westsahara wie eine zu Marokko gehörende südliche Region und hat vor allem in den letzten Jahren die Ansiedlung von Marokkanern in der Westsahara befördert. Auch fließen nationale Gelder aus dem „Aktionsplan südliche Regionen“ in dieses Gebiet.

Da der Grundtenor und die politischen Forderungen in sämtlichen Gesprächen mit Repräsentanten der Sahraoui und der Polisario in dem Flüchtlingslager in Tindouf der gleiche war – freies und demokratisches von der UNO organisiertes und überwachtetes Referendum, bessere, menschenwürdige Lebensverhältnisse, demokratische Entwicklung für die Westsahara, menschenrechtliche Komponente für das VN-Mandat – werden die Gespräche in dem vorliegenden Bericht zusammengefasst. Auffällig war dabei, dass die Sahraouis bemüht waren, in einer sachlichen Atmosphäre über die Thematik zu sprechen und nicht – im Gegensatz zu der marokkanischen Seite – propagandistisch gegen den politischen Gegner zu polemisieren.

In den Gesprächen mit den Sahraouis – sowohl bei der offiziellen Vertretung als auch bei den NGOs – wurde deutlich, mit welcher großer Hoffnung auf die Bundesrepublik Deutschland als einen Unterstützer für das Unabhängigkeitsreferendum gesehen wird. Hauptgegner neben Marokko ist in den Augen der Sahraouis Frankreich, das auf internationaler Ebene und im UN-Sicherheitsrat die marokkanische Position unterstützt.

Von der Delegation als außerordentlich bemerkenswert angesehen wurden die Fakten, dass es zum Einen eine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der sahraouischen Gesellschaft gibt und damit einhergehend die Frauen im sahraouischen „Parlament“ (über 30 Prozent) und in kommunalen Vertretungen (über 50 Prozent) vertreten sind. Die Verteilung der Hilfsgüter des UNHCR an die sahraouische Bevölkerung erfolgt sogar 100prozentig über sahraouische Frauen.

Das zweite auffallende Faktum ist die Wertschätzung und Anstrengung der Sahraouis, den Kindern eine gute Bildung mitzugeben. In allen Gesprächen wurde deutlich, wie wichtig Bildung aus der Sicht der Sahraouis ist, um zukünftig bessere Chancen für Kinder und Jugendliche und für das gesamte Land zu erhalten. Um den Kindern, die in dem Flüchtlingslager groß werden, auch die Möglichkeit zu geben, andere Länder, insbesondere Europa, kennenzulernen, gibt es ein langfristig angelegtes Austauschprogramm, bei denen bereits Grundschüler für mehrere Wochen in eine Familie in Europa, vor allem in Spanien, leben. In drei aufeinanderfolgenden Jahren kommen diese Schülerinnen und Schüler immer in dieselbe Familie. Zudem werden die Gastfamilien auch in die Sahara eingeladen, um ihnen die dortigen Lebensbedingungen der Schüler nahe zu bringen.

B. Länderberichte

I. Algerien (Tindouf)

1. Allgemeiner Sachstand

Die Gespräche in Tindouf wurden von der deutschen Botschaft in Kooperation mit dem UNHCR und der Polisario organisiert. Bei dem Treffen mit dem sahraouischen „Parlamentspräsidenten“ und dem sahraouischen „Parlament“ handelte es sich um Vertreter der 1976 von der Polisario ausgerufenen „Demokratisch-Arabischen Republik Sahara“. Der Vertreter dieser Republik in Deutschland ist Jamal Zakari, der bei der Organisation der Reise unterstützend tätig war und die Gruppe vor Ort begleitete. Die Selbstverwaltungseinrichtungen der Sahraouis machten einen gut durchorganisierten Eindruck. In wie weit es Menschenrechtsverletzungen der Sahraouis an ihrer eigenen Bevölkerung beziehungsweise Unterdrückungsmechanismen gegenüber politischen Gegnern der Polisario gibt, war in der Kürze der Anwesenheit der Delegation nicht feststellbar.

2. Details aus den Gesprächen

2.1 Sahraouis und Polisario

Während ihres Aufenthalts in Tindouf hatten die Abgeordneten insgesamt vier Treffen mit offiziellen Vertretern der Sahraouis. Sie trafen Herrn **Khatri**, den sahraouischen „Parlamentspräsidenten“, Herrn **Taleb Omar**, stellvertretender Polisario Leiter und sahraouischer „Premierminister“, Vertreter des sahraouischen „Parlaments“ und den „**Wali**“ **des Smara Camps** (ein Wali ist etwa vergleichbar mit der Position eines Bürgermeisters). Zudem nahmen sie an einer Sitzung des sahraouischen „Parlaments“ teil.

Die Vertreter der Sahraoui betonten die Wichtigkeit dieses Besuches einer deutschen Delegation, da so die Möglichkeit bestehe, den „vergessenen Konflikt“ wieder auf die Tagesordnung der internationalen Staatengemeinschaft zu setzen. Der Besuch beweise, dass man „in der Wüste“ nicht völlig vergessen sei. Seit 37 Jahren lebten die Flüchtlinge in diesem Camp und hofften, dass es endlich eine Lösung des Problems geben werde. Man beobachte sehr wohl, was sich in der Welt tue, welche parlamentarischen Initiativen es zum Beispiel

in Deutschland aber auch in anderen Ländern der EU und welche Initiativen es bei den Vereinten Nationen gebe. Man hoffe sehr, dass der Besuch der deutschen Abgeordneten zu einer Lösung der Konfliktsituation beitragen könne. Den Konflikt gebe es seit langer Zeit, eigentlich sei es jedoch ein Dekolonisierungsproblem. Die UNO versuche seit 1960 dauerhaft eine friedliche Lösung zu finden, der UN-Plan eines Referendums sei jedoch bis heute nicht realisiert worden. Spanien habe seine Verantwortlichkeit nicht ernst genommen und die unmittelbaren Nachbarn hätten versucht, die Sahraouis zu kolonisieren. Wichtig sei hierbei auch, zu sehen, dass eigentlich immer nur über Marokko geredet werde, dabei aber Mauretania vergessen werde. Auch dieses Land spiele eine unrühmliche Rolle in dem Konflikt. Seit den 60. Jahren hätten die Sahraouis gegen die spanische Kolonialmacht gekämpft und Ende 1975 hätten Mauretania und Marokko die Situation verkompliziert. Jetzt sei das Land in zwei Teile geteilt und die Situation sei noch schlimmer als früher. Man versuche mit friedlichen Mitteln ein freies und demokratisches Referendum über die Zukunft der Westsahara zu erreichen. Dies sei auch das Ziel der UNO. Als die Flüchtlinge aus der Westsahara nach Tindouf gekommen seien, habe es nur Wüste gegeben. Inzwischen habe man eine gewisse Infrastruktur aufgebaut. Man hoffe auf die internationale Unterstützung, insbesondere auf die der deutschen Bundesregierung, um Freiheit, Menschenrechte und bessere Lebensumstände auch für die Sahraouis zu erzielen. Um die Lebensverhältnisse aber schon jetzt zu verbessern und nicht abzuwarten, wann es zu einem Referendum mit einer endgültigen Lösung für den Konflikt komme, habe man bereits die offizielle Unabhängigkeit erklärt und versucht, aus eigener Kraft ein Schul- und Gesundheitswesen für die Bevölkerung aufzubauen. Nach dreißig Jahren trügen diese Bemühungen Früchte und man habe inzwischen einen Staat mit verschiedenen parlamentarischen, sozialen und vor allem demokratischen Institutionen errichtet. Einige dieser Einrichtungen würden die Abgeordneten noch besuchen. Die Philosophie der Sahraouis sei es, die Probleme der Gegenwart zu lösen, um eine Grundlage für die Zukunft zu schaffen.

Die Abgeordneten betonten, sie hätten diese Delegationsreise angetreten, um sich vor Ort ein Bild von der tatsächlichen Situation der Sahraouis zu machen. Auch interessiere sie, wie politisch weiter vorgegangen werden könne und wie

die Sahraouis glaubten, Marokko dazu bewegen zu können, einem Referendum zuzustimmen. Es sei zwar gut, politische Ziele zu haben, so **Abg. Beck**, aber für die Sahraouis bedeute dies derzeit, dass eine ganze Generation ihre Zukunft verliere. Wichtig sei auch, so **Abg. Hänsel**, was die Sahraouis von Deutschland erwarteten und wie sie glaubten, dass man sie am Besten unterstützen könne. **Die sahraouischen Gesprächspartner, Khatri, Taleb Omar und der Wali** betonten, man wolle auf jeden Fall eine demokratische Lösung im internationalen Rahmen. Dies bedeute ein offenes Referendum mit allen drei Optionen:

- Integration der Westsahara in Marokko,
- Autonomie der Westsahara,
- Unabhängigkeit.

Im übrigen gehe die Polisario davon aus, dass ein solches Referendum jederzeit durchgeführt werden könne, da die Vereinten Nationen mit ihren Vorbereitungen bereits so weit seien und auch schon Wählerlisten erstellt hätten. Dies sei schließlich auch das Ziel der Vereinten Nationen gewesen, als man MINURSO gegründet habe. Die Polisario sei bereit, einen Kompromiss mit dem Volk zu machen, wohingegen Marokko eine Lösung mit der Polisario anstrebe, aber ohne das Volk. Wichtig sei, dass das Volk über seine Zukunft entscheide. Man hoffe, dass die Demokratiebewegung in Marokko auch dazu führe, dass sich dort ein Regimewechsel ergebe und die dortige Bevölkerung dann Verständnis für den Freiheitswillen der Sahraouis haben werde.

Alle Gesprächspartner der sahraouischen Seite verwiesen darauf, dass Frankreich stets auf Seiten Marokkos gestanden habe und weiterhin stehe und verhindere, dass man international zu einer Lösung komme oder gar international Druck auf Marokko ausübe. Kritisch angemerkt wurde bei sämtlichen Gesprächen, dass das MINURSO-Mandat keine Menschenrechtskomponente enthalte. MINURSO sei das Einzige VN-Mandat ohne eine solche Menschenrechtskomponente. Dies müsse geändert werden. Aber auch hier stelle Marokko sich quer. Von der deutschen Seite erwarte man, dass sie sich dafür einsetze, dass ein solches Referendum abgehalten werde und dass das UN-Mandat eine Menschenrechtsklausel bekomme.

Die marokkanische Regierung wehre sich gegen einen Menschenrechtsmechanismus in dem MINURSO-Mandat, da es in Marokko einen eigenen nationalen Menschenrechtsmechanismus gebe und man deshalb keinen internationalen benötige. Die Position der Saharouis sei aber, dass man sehr wohl externe Beobachter benötige, um die Durchsetzung der Menschenrechte zu kontrollieren.

Die **Delegationsteilnehmer** wiesen darauf hin, dass es keine Menschenrechtsklausel bei diesem Mandat gebe, da es bereits so alt sei. Diese müsse nachträglich aufgenommen werden; diese Position unterstütze man. Insgesamt dürfe man aber den Einfluss Deutschlands nicht zu hoch einschätzen. Unklar sei zudem, in wie weit die deutsche Bundesregierung ihren derzeitigen Sitz im UN-Sicherheitsrat dazu nutzen werde, ein Referendum anzustoßen. Innerhalb der Delegation und zwischen den verschiedenen Fraktionen des Deutschen Bundestages gebe es unterschiedliche politische Positionen zu der Referendumsfrage.

Die sahraouischen Gesprächspartner verwiesen auf das kommende Referendum im Süd-Sudan und auf das bereits erfolgte in Ost-Timor. Es dürften keine Doppelstandards angewandt werden und auch die Sahraouis müssten das Recht haben, in Freiheit selbst über ihre Zukunft zu entscheiden. Hätte man in Marokko eine demokratische Regierung gäbe es dieses Problem nicht und man hätte schon längst einen eigenständigen Staat. Hinzu komme, dass das Protestcamp im November 2010 in der Westsahara eindeutig gezeigt habe, dass auch die dort lebenden Menschen unzufrieden seien. Die marokkanische Seite habe versucht, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Protestcamps zu diskreditieren und eine aktive Antipropaganda betrieben. Zudem werde versucht, die Teilnehmer zu kriminalisieren.

Ein weiteres Thema das während des Delegationsbesuches bei allen Gesprächen mit den sahraouischen Offiziellen angesprochen wurde, war das Fischereiabkommen der EU mit Marokko. Es müsse gesehen werden, dass Marokko den Fischfang ausschließlich für sich betreibe und von den Gewinnen nichts an die Bevölkerung der Westsahara zurückgebe. Das Fischereiabkommen dürfe

nicht verlängert werden, solange Marokko die Menschenrechte verletze und die Sahraouis an den Profiten nicht beteilige. Auch müssten die EU und die Vereinten Nationen darauf drängen, dass endlich alle politischen Gefangenen aus Marokkos Gefängnissen freigelassen würden. Noch immer gebe es etwa 500 politische Gefangene beziehungsweise Verschwundene, von denen man nichts wisse, wo genau sie seien und ob sie überhaupt noch am Leben seien. Hinzu komme, dass zahlreiche der Gefangenen nicht einmal wüssten, warum sie inhaftiert seien. Die Marokkaner behaupteten, in Tindouf im Lager könne man nicht frei leben und das Lager sei die Basis für Terrorismus. Die Abgeordneten sollten nicht auf diese marokkanische Meinung hören, sondern sich mit der UNO kurzschließen, die sehr wohl eng mit der Polisario zusammenarbeite. Langfristig werde es aber immer schwieriger, gerade den jungen Menschen klar zu machen, dass sie geduldig sein müssten. Man müsse damit rechnen, dass sich eine gewisse Eigendynamik entwickle und die jungen Leute nicht mehr friedlich abwarten wollten, wie sich die Situation fortentwickle.

Wie demokratisch die Sahraouis seien, zeige sich im Übrigen an dem „Parlament“, das das Einzige in der Gesamten arabischen Welt sei, das der Regierung das Vertrauen entziehen könne. Man habe 34 Prozent Frauen im Parlament und eine klare Trennung zwischen Legislative und Exekutive. Ab 18 Jahren habe man das aktive und passive Wahlrecht, so auf Nachfrage von **Abg. Graf**, und 34 Prozent Frauenanteil im Parlament habe man ohne eine staatliche Quote erreicht. Selbst die Frauenorganisationen hätten sich gegen eine Quote ausgesprochen, da dies in deren Augen eine Art „Geschenk“ sei. (Im Laufe des Aufenthalts in Tindouf erfuhren die Abgeordneten der deutschen Delegation, dass die neueste Entwicklung bei den Frauenorganisationen sei, dass diese sich nun auch für eine Quote aussprechen).

Die Saharouis verwiesen ferner auf die schlechten humanitären Bedingungen im Lager. Trotz internationaler Hilfe, die leider noch lange nicht ausreichend sei, gebe es Wassermangel und häufige Sandstürme, die das Leben erschwerten. Die Lebensmittel seien rationalisiert, die Menschen jedoch außerordentlich diszipliniert. Auch habe es trotz dieses großen Wassermangels noch keine Konflikte gegeben. Man habe das Land in Kommunen eingeteilt und für jede Kommu-

ne eine Schule, einen Kindergarten und einen ambulanten Notarzt bereitgestellt. Zunehmend verwende man Solarenergie, um die Stromversorgung zu verbessern. Die Not mache auch erfinderisch und man nutze Autobatterien, um die Schwankungen der Solarenergie auszugleichen. Radio- und Fernsehempfang seien in den Dörfern ebenfalls möglich. Dies führe aber auch dazu, dass bestimmte Bedürfnisse vor allem bei den jungen Menschen geweckt würden.

Bei den Gesprächen mit den politischen Vertretern der Sahraouis war auch ein Repräsentant der humanitären Hilfsorganisation „Roter Halbmond“ zugegen. Auf die Fragen von **Abg. Graf** nach den gesundheitlichen Auswirkungen der permanenten Krisensituation und gesundheitlichen sowie ernährungsmäßigen Unterversorgung der Sahraouis erklärte er, das größte Problem sei die mangelhafte Wasserversorgung und durch die Mangelernährung ein permanenter Eisenmangel bei den Frauen. Die Nahrungsmittel erhielten zu wenig Tierproteine, so dass dies auf Dauer zu gesundheitlichen Problemen führe. 36 Jahre permanente Notlage würden sich natürlich auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken. Obwohl einige Staaten dauerhaft Hilfe leisteten, zum Beispiel auch die USA und Spanien, könne man durchaus von einer vergessenen Krise sprechen. Man erhalte jährlich etwa 9 Millionen US-Dollar, benötige aber 26 Millionen US-Dollar. Und um die Situation der mangelnden Wasserversorgung deutlich zu machen, müsse man nur die Vergleichszahlen sehen. In Spanien zum Beispiel gebe es 130 Liter pro Kopf pro Tag, für die Sahraouis stünden lediglich 50 Liter pro Kopf pro Tag zur Verfügung. Man versorge etwa 28.000 Familien und pro Familie habe man im Schnitt 5,6 Kinder, was zu einer Gesamtzahl der zu versorgenden Personen von 156.800 führe. Doch obwohl der UNHCR nicht alle Nöte beseitigen könne, gebe es keine Bettler auf der Straße. Dies liege zum einen an der großen Solidarität der Sahraouis untereinander, die sich gegenseitig helfen, und zum Anderen daran, das Betteln bei den Saharouis eine Schande sei. Die Verteilung der Hilfsgüter erfolge ausschließlich über Frauen, da diese zuverlässiger als Männer seien.

2.2 Besuch beim „Parlament“

Auf Einladung des sahraouischen „Parlamentspräsidenten“ Khatri, nahmen die Abgeordneten an einer Sitzung des Parlaments teil. Die Gastgeber betonten,

dass es derzeit noch eine „Baustelle“ sei, man aber eifrig arbeite, um die Situation zu verbessern. Dies sei wie mit der Demokratie selber. Es brauche Generationen, um sie aufzubauen. Das Parlament habe 53 Mitglieder und bilde sechs Ausschüsse. Man habe Kontakte zu verschiedenen Parlamenten weltweit und regelmäßige Sitzungswochen. Durch ein Referendum und den Abriss des „Schutzwalls“ (Berm) der Marokkaner werde sich die Demokratie für die Westsahara weiterentwickeln. Die Deutschen hätten ja auch Erfahrungen mit dem Mauerbau und dem Mauerfall. Der **Delegationsleiter** erklärte, auch in Deutschland habe man sich bis kurz vor dem Fall der Mauer 1989 kaum vorstellen können, dass die Mauer tatsächlich noch einmal beseitigt werde und die beiden Seiten des Landes wieder zusammen wachsen würden. Diese Erlebnis könne durchaus auch Hoffnung für die Sahraouis mit sich bringen.

Abg. Beck verwies auf das Problem, dass die Marokkaner auf Zeit setzten. Je länger der Konflikt dauere, desto mehr Marokkaner würden sich in der Westsahara ansiedeln. Wenn Marokko dann darauf bestehe, dass auch die Neueingewanderten mit abstimmen dürften, könnte das Referendum entsprechend ausfallen. Die Sahraouis müssten sich deshalb eventuell eine Alternative überlegen. Ihn interessiere, ob es überhaupt Alternativüberlegungen zu einem Referendum gebe.

Die Vertreter der Sahraouis antworteten auf diese mehrfach gestellte Frage nie mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“, sondern betonten, ihr Ziel sei ein freies Referendum, an dem alle Optionen abgefragt würden und bei dem das sahraouische Volk frei über seine Zukunft entscheiden könne. Man sei lange geduldig gewesen und habe auf eine friedliche Lösung gesetzt, das Volk werde jedoch zunehmend unruhig und die Polisario habe die Menschen nicht mehr unter Kontrolle und könne nicht mehr garantieren, dass es weiterhin friedlich bleiben werde. Dies Ungeduld sei überall im Land zu spüren. Man warte dringend auf ein Zeichen Marokkos, auch wenn es nur etwas Symbolisches sei, wie zum Beispiel die Öffnung der Region der Westsahara für internationale Beobachter.

Abg. Hänsel betonte, wenn die Zeit reif sei, könne es Bewegung und eventuell gar eine Lösung geben. Auch in Nordafrika habe sich die politische Situation von einem Tag zum Anderen völlig neu entwickelt.

Abg. Tören erkundigte sich nach dem Budgetrecht, dass ja als „Königsrecht“ des Parlaments gelte. Ihn interessiere, in wie weit die Sahraouis überhaupt über ein eigenes Budget verfügten oder ob sämtliche Finanzen von internationalen Gebern kämen.

Die sahraouischen Parlamentarier erklärten, die Westsahara sei ein reiches Land, dieser Reichtum käme jedoch bei der Bevölkerung nicht an. Letztendlich sei die gesamte Bevölkerung in Tindouf Flüchtlinge und auch Parlamentarier selbst seien Flüchtlinge. Man habe deshalb kein eigenes Budget, die Verwaltung und Verteilung der Hilfe erfolge jedoch über die Polisario gemeinsam mit dem UNHCR. Das sahraouische „Parlament“ habe zudem Beziehungen zu anderen Parlamenten und bekomme ab und zu auch finanzielle Unterstützung von diesen. Bei Delegationsreisen der sahraouischen „Parlamentariern“ ins Ausland, werde man von den jeweiligen Ländern, die man besuche, unterstützt. Im wirtschaftlichen Bereich habe die Polisario mehrfach Vorschläge für Kompromisslösungen gemacht und auch bei der Siedlungspolitik habe man sich bewegt. Man sei ein sehr kleines und durchaus pragmatisches Land, erwarte aber, dass man mit den unmittelbaren Nachbarn, nämlich mit Marokko, in Frieden lebe und auf Augenhöhe verhandele. Dieses Anliegen, auf gleicher Augenhöhe zu kommunizieren, akzeptiere Marokko aber nicht. Bei den Marokkanern gebe es keinen politischen Willen zu einer Lösung. Ziel der Sahraouis seien Freiheit und Unabhängigkeit und man hoffe hierbei auf die Unterstützung und das konkrete Engagement Deutschlands. Um diesen Wunsch durchzusetzen, sei die Situation weltweit heute besser denn je. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon habe festgestellt, dass etwas passieren müsse, um zu einem dauerhaften Frieden zu kommen.

2.3 Institutionen der Vereinten Nationen

In dem Gespräch mit den Vertretern der VN-Institutionen (UNHCR, World Food Programm) wurden vor allem die humanitäre Situation der Flüchtlinge und die

Möglichkeiten der Abhaltung eines Referendums thematisiert. Die VN-Vertreter erklärten, MINURSO habe bei seiner Einrichtung drei Aufgaben erhalten:

- die Trennung der kriegerischen Parteien Marokko und Sahraouis
- die Beendigung der Kämpfe zwischen den beiden Seiten
- die Vorbereitung des Referendums über eine mögliche Unabhängigkeit der Westsahara.

Das Problem sei vor allem der letzte Punkt, bei dem sich beide Seiten nicht flexibel zeigten und in der Interpretation weit auseinander lägen. Die Vereinten Nationen bemühten sich nun mit ihrem derzeitigen Sondergesandten für die Westsahara, Christopher Ross, die Blockade zu durchbrechen und die beiden gegnerischen Parteien wieder zueinander zuführen. Bisher habe sich jedoch noch keine inhaltliche Annäherung der Positionen der Konfliktparteien gezeigt. Die MINURSO-Soldaten seien auf beiden Seiten des Schutzwalls (Berm), den Marokko errichtet habe. Er sei etwa 2.700 Kilometer lang und 9 Teams von MINURSO (4 auf der Westseite, 5 auf der Ostseite) kontrollierten den Wall. Um ihn jedoch vollständig kontrollieren zu können, fehle die notwendige Ausrüstung. In Tindouf biete MINURSO einen Sicherheitsschirm für die UN-Organisationen, wie zum Beispiel UNHCR, und bemühe sich um vertrauensbildende Maßnahmen. Zudem werde regelmäßig in Tindouf patrouilliert, so dass auch hierdurch eine gewisse Sicherheit für die Flüchtlinge hergestellt werde. Da die Konfliktparteien sich nicht über das Referendum einigen konnten, habe man seit Jahren in diesem Punkt einen Status Quo. Es habe im Laufe der Zeit große Herausforderungen gegeben. 1975 seien die Sahraouis nach Tindouf gekommen, um ihr Leben zu retten. Inzwischen seien diese Flüchtlinge Großväter und man habe die nächsten beiden Generationen, die in dem Camp aufwüchsen. Aus deren Sicht gebe es derzeit kein Licht am Ende des Tunnels und aus ihrer Sicht würden die alltäglichen Notwendigkeiten des Lebens nicht erfüllt. Deshalb übten sie verschärft Druck auf die Führungspersönlichkeiten aus. Aus Sicht der Vereinten Nationen sei dies zwar noch keine Radikalisierung aber doch eine enorme Ungeduld. Zur Gesamtentwicklung der humanitären Situation könne man festhalten, dass man in den vergangenen 35 Jahren zwar nicht mehr von einer Notsituation sprechen könne, es aber dennoch auch keine wirkliche Wei-

terentwicklung gegeben habe. Deshalb seien die Fragen der Menschenrechte weiter eminent. Die Polisario vertrete die Auffassung, dass die Vereinten Nationen durch die Unterstützung des Status Quo auch zu den Menschenrechtsverletzungen beitragen würden. Ein großes Problem sei in dieser Situation zudem die große Anzahl der Landminen rund um den Schutzwall. Auf Nachfrage der Delegation, ob es in dem Camp tatsächlich – wie von der marokkanischen Seite behauptet – Flüchtlinge aus Subsahara gebe, erklärten die UN-Vertreter, dies sei nicht der Fall. Man habe in dem UN-Camp noch niemals Flüchtlinge von dort gehabt. Unabhängig davon gebe es aber in Algerien Asylsuchende. Auch nach all den Jahren des Einsatzes der Vereinten Nationen, so auf Nachfrage von **Abg. Graf**, sei die Durchführung des Referendums weiterhin auf der Agenda von MINURSO. Die weitere Registrierung von Wahlberechtigten sei derzeit „auf Eis gelegt“, da die Parteien unterschiedlicher Auffassung über die Kriterien für die Wahlberechtigten seien. Neben dem großen Thema des Referendums, das Aufgabe von MINURSO sei, kümmere sich der UNHCR um das alltägliche Leben in den Camps. Hier gehe es darum, Gewalt zu bekämpfen und präventiv gegen Gewalt vorzugehen, die Menschen mit Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen und die Ausbildung zu unterstützen. Bei der Verteilung von Lebensmitteln, die über die Polisario organisiert werde, erfülle der UNHCR gemeinsam mit dem World Food Programm (WFP) die Aufgabe des Monitoring. Täglich würden Teams die Lagerhäuser besichtigen und die Auslieferung bis an die Bestimmungsorte überwachen. Die wichtigsten humanitären Dinge seien Versorgung mit Wasser, Versorgung mit einem Dach über dem Kopf (shelter) und Versorgung mit Bildung.

Hinzu komme die Unterstützung der Familienzusammenführung der in der Westsahara und in Tindouf lebenden Sahraouis. Etwa 100 Familien könnten jeden Monat zusammengeführt werden. Insgesamt, so die VN-Vertreter hätten an diesem Programm, das im Jahre 2004 begonnen habe, 10.065 Personen teilgenommen, davon 56 Prozent Frauen. Die Flüge gingen von Städten in der Westsahara in die Flüchtlingslager in Algerien und umgekehrt. Zudem biete der UNHCR die Möglichkeit, dass sich die Flüchtlinge in dem Camps telefonisch mit ihren Verwandten in den Territorien der Westsahara verständigen. Sowohl die Flüge als auch die Telefonverbindungen seien für die Flüchtlinge kostenlos. Ei-

nige der Verwandten hätten sich seit 34 Jahren nicht mehr gesehen. Insgesamt habe der UNHCR 41.000 Sahraouis registriert, die für solche Familienzusammenführungen in Frage kämen. Die letzte Registrierung stamme vom Januar 2008. Die legale Basis dieses Unterstützungsprogramms sei die UN-Resolution 1282 aus dem Jahre 1989 und der Plan für vertrauensbildende Maßnahmen (Confidence Building Measures, CBM) aus dem Jahre 2004. Die Koordinationsarbeit der UN-Hilfe erfolge über das Hauptbüro in Laayoune und einem Feldbüro in Rabbouni in der Nähe von Tindouf. Auf diese Art sei gewährleistet, dass sowohl die sahraouischen Flüchtlinge in Tindouf auf der algerischen Seite als auch der sahraouischen Bewohner in den Territorien Hilfe bekämen. Der UNHCR wende sich auch immer an die internationale Staatengemeinschaft um Hilfe. Es habe in den Jahren 2010 und 2011 zudem einen Aufwuchs gegeben, um die notwendigsten Dinge finanzieren zu können, dennoch habe man eine permanente Unterfinanzierung von 20-40 Prozent des Nötigen. Dies habe zur Folge, dass eine Anzahl von städtischen Flüchtlingen nicht in die Basisversorgung aufgenommen werden können, dass etwa 1.500 Flüchtlingsfamilien keine neuen Zelte erhalten und dass viele Flüchtlinge nicht die erforderliche Menge an Milchpulver bekommen. Zudem könnten acht notwendige Müllfahrzeuge nicht gekauft werden und die sanitären Einrichtungen in zwei Camps könnten nicht verbessert werden. Auf die Kinder werde sich der Geldmangel insofern auswirken, als dass die Schulkapazität für Flüchtlingskinder nicht ausgebaut und notwendiges Material für die Schulen nicht gekauft werden könne. Für das Jahr 2011 gehe man von Ausgaben in Höhe von etwa 25,5 Millionen US-Dollar aus. Auf die Nachfrage der Abgeordneten, ob die Flüchtlinge sich in dem Camp frei bewegen und dieses auch verlassen können oder ob die Polisario Zwang ausübte erklärten die UN-Vertreter, ihnen sei davon nichts bekannt. Man erkenne die Polisario zwar an, nicht aber die „Regierung“ der Sahraouis. Die Sahraouis und ihre politische Organisation Polisario arbeiteten sehr effizient und verantwortlich. Alle Hilfsmaßnahmen plane der UNHCR gemeinsam mit den Sahraouis und habe dadurch ein hohes Maß an Effizienz erreicht. Wenn die Sahraouis sich engagierten, täten sie dies mit Hingabe und Verantwortungsgefühl. Die Menschen seien nicht egoistisch und es gebe nie Probleme bei der Verteilung der Hilfsgüter. Großen Respekt hätten die VN-Organisationen vor der Fähigkeit der Sahraouis, sich selbst zu organisieren und dem starken

Willen, eine gute Erziehung für die Kinder zu erreichen. Bemerkenswert sei auch die Rolle der Frau, die einen Grad von Gleichberechtigung hätten, den es in keinem anderen arabischen Land gebe. Zudem gebe es kaum Kriminalität. Aus der Sicht des UNHCR seien die Sahraouis durchaus in der Lage, ein eigenes Land zu regieren. Auf die Nachfrage, inwieweit sich der „arabische Frühling“ auf die Sahraouis auswirke, erklärten die VN-Vertreter, die politischen Köpfe und vor allen Dingen die Jugendlichen würden die Entwicklungen in Nordafrika sehr aufmerksam verfolgen. Ihnen gehe es um die prinzipielle Frage der Gerechtigkeit.

2.4 Vereinigung der sahraouischen Gefangenen und Verschwundenen

Bei dem Besuch in Tindouf schauten die Abgeordneten sich auch einzelne Einrichtungen in dem Camps an. Im Camp Smara, dessen Wali die Abgeordneten trafen, besuchten sie ein Zentrum für Behinderte, eine Grundschule, einen Kindergarten, ein Krankenhaus sowie die „Nationale Widerstandsmuseum“, in dem mit zahlreichen Bildmaterial aber auch mit umfangreichen Waffensammlungen, die bei Kämpfen gegen den politischen Gegner, insbesondere die Marokkaner, erbeutet wurden, ausgestellt waren. Im Innenhof wurden den Abgeordneten eine umfangreiche Sammlung von vom Feind erbeuteten Waffen, Kanonenresten beziehungsweise Panzern und Flugzeugen präsentiert. Der geplante Besuch des Behindertenzentrums des Roten Kreuzes musste aus Zeitmangel gestrichen werden. Mit der „Vereinigung der sahraouischen Gefangenen und Verschwundenen“ trafen sich die Abgeordneten nachmittags zu einem Gedankenaustausch.

Auf dem Weg in den Saal, wo das Treffen stattfinden sollte, stießen die Abgeordneten noch auf eine Gruppe von Frauen, die verschiedenen Frauenorganisationen angehörten, die alle Mitglied von internationalen Frauenorganisationen sind. Sie baten die Abgeordneten um ein kurzes Gespräch und teilten ihnen dabei die Neuigkeit mit, dass die Frauen-Union soeben beschlossen habe, doch eine Frauenquote für die Parlamentsmitgliedschaft zu fordern. Bis dahin war auch von den Frauenorganisationen eine Quote abgelehnt worden. Die Frauen der Sahraouis seien zwar schon sehr weit mit ihrer Emanzipation und bei der Vertretung in lokalen Organisationen, dennoch müsse auch hier noch viel getan

werden. Man brauche dazu auch die Hilfe Europas. Man lebe zwar in einer arabischen Gesellschaft, vertrete aber die Werte, die allen gehörten. Deshalb seien sie mit ihren Organisationen auch Mitglied internationaler Organisationen, wie zum Beispiel der Demokratischen Frauen-Union, der Organisation der Internationalen Rechte der Frau und der Afrikanischen Frauen-Union. Ziel sei es, Gleichberechtigung auch und vor allem im politischen Bereich zu erhalten.

Abg. Graf forderte die Frauen auf, Kontakt zu den Kolleginnen in den europäischen Parlamenten und auch im Deutschen Bundestag zu suchen und zu pflegen. In Europa habe man ebenfalls lange gebraucht, um die Rechte der Frau und die Gleichberechtigung zu befördern. Sie begrüße es sehr, dass sich die sahraouischen Frauen nun ebenfalls für eine Quote aussprechen. In Deutschland hätten die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. eine Quote und man sei gut damit gefahren.

Abg. Beck fügte hinzu, dass seine Partei mit etwas über 60 Prozent Frauenanteil am weitesten vorne liege. Dies habe man nur durch die Quote erreichen können.

Die **sahraouischen Frauen** betonten, dass die Entscheidung, nun doch eine Quote zu fordern, von der Basis gekommen sei. Zuvor habe man geglaubt, ohne Quote auskommen zu können. Dies sei nun anders.

Nach dem Treffen mit den Frauen gingen die Abgeordneten in den Saal zu dem Gedankenaustausch mit der „Vereinigung der sahraouischen Gefangenen und Verschwundenen“, an dem vor allem junge Leute teilnahmen. Die Abgeordneten wurden mit großen Applaus und Kampfgesängen empfangen, die ebenso wie die anschließende offizielle Begrüßung deutlich machte, wie wichtig den Sahraouis dieses Treffen war. 100 der anwesenden jungen Leute waren aus den Territorien in der Westsahara zu Besuch in Tindouf. Viele von ihnen waren bereits im Gefängnis in Marokko aufgrund der Kontakte zu den eigenen Familien im Flüchtlingslager und oder aufgrund ihrer politischen Tätigkeit für die Polisario. Nach ihrer Rückkehr in die Westsahara müssen sie erneut damit rechnen, wieder verhaftet zu werden. Einige von ihnen waren über ein Jahr im

Gefängnis, ohne dass man ihnen mitteilte, warum. In sehr eindrucksvoller Art, schilderten die Betroffenen ihre Folter in marokkanischen Gefängnissen und zeigten ihre Folterwunden. Eine Frau berichtete von ihrer Vergewaltigung nach der Verhaftung.

Der Sprecher der Vereinigung betonte bereits zu Beginn, dass der Besuch der Menschenrechtsdelegation außerordentlich wichtig für die Sahraouis sei und man darauf hoffe, dass er nachhaltig sein werde und das Thema der Menschenrechte und der Befreiung der Westsahara nicht vergessen werden dürfe. Es gebe noch immer 500 Verschwundene, von denen man seit über 20 Jahren nicht wisse, wo sie sind und ob sie überhaupt noch leben. Auch bei diesem Gespräch wurde betont, wie wichtig es sei, dass MINURSO auch eine Menschenrechtskomponente erhalte. Alle anderen UN-Missionen hätten eine solche. Den Abgeordneten legten sie ans Herz, dass sie bei ihrem Besuch in den Territorien in der Westsahara versuchen sollten, „richtige“ Opfer zu treffen und sich nicht von der marokkanischen Regierung vorschreiben zu lassen, wenn sie treffen. Der Besuch der Abgeordneten sei eine große moralische Unterstützung für die Betroffenen und man hoffe, dass durch diesen Besuch das Thema der Unabhängigkeit der Westsahara erneut auf die internationale Agenda komme.

Abg. Hänsel betonte, ihre Fraktion sei solidarisch mit dem Anliegen der Sahraouis und werde im Deutschen Bundestag alles tun, um dieses zu unterstützen. Sie bewundere den Mut der Sahraouis und das Streben, gewaltfrei zu bleiben und gewaltfreien Widerstand zu leisten. Eine ihrer Fraktionskolleginnen habe vor kurzem versucht, das Camp zu besuchen, sei aber von den marokkanischen Behörden daran gehindert worden. Sie fühle sich verpflichtet, nach diesem Besuch die Thematik der Unabhängigkeit der Westsahara erneut in die Öffentlichkeit zu bringen.

Abg. Graf verwies darauf, dass zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages, auch sie selbst, ebenfalls Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates seien. Dadurch sei es möglich, einen Multiplikatoreffekt des Erlebten und Gehörten zu erreichen. Auch könne so nicht nur in den nationalen Parlamenten, sondern zugleich auf internationaler Ebene dieses Thema aufge-

griffen werden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang ferner, dass amnesty international alle Fälle von Verschwundenen und Gefolterten öffentlich mache. Auf diese Art entstehe ein öffentlicher Druck, von dem die menschenrechtsverletzenden Regierungen Angst hätten.

Abg. Heinrich betonte, die Delegation werde nach der Rückkehr „Lautsprecher“ für die Betroffenen sein. Er selbst sei Mitglied bei amnesty international und sehe die Notwendigkeit, mehr zu tun als nur zu reden. Im Anschluss an die Reise werde es einen Bericht der Delegation geben, der dann auch zum Anlass genommen werde, in den einzelnen Fraktionen darüber nachzudenken, was weiter getan werden könne. In Deutschland habe es ebenfalls eine deutsch-deutsche-Grenze und eine Mauer gegeben und in Europa den Eisernen Vorhang. Beides sei nun verschwunden und könne auch den Sahraouis Hoffnung geben, dass sich für ihre Situation eine Lösung ergeben werde. An die Sahraouis appellierte er, weiterhin friedlich zu kämpfen, das würde es den deutschen Abgeordneten leichter machen, sie zu unterstützen.

Abg. Beck erklärte, aus menschenrechtlicher Verantwortung heraus sei man den Bewohnern der Westsahara verpflichtet. Wenn es erneut Verstöße gegen die Menschenrechte und Verhaftungen sowie Folter gebe, sollten sie das Deutsche Parlament darüber informieren, das dann versuchen werde, den Betroffenen zu helfen. Man könne zwar keine Wunder erreichen, aber durchaus versprechen, sich um die Betroffenen zu kümmern.

II. Westsahara

1. Allgemeiner Sachstand

Im Vorfeld der Reise hatten die Abgeordneten darauf gedrungen, auch in die Westsahara zu reisen, ein Gebiet, das normalerweise Reisebeschränkungen seitens der marokkanischen Regierung unterliegt. Die marokkanische Regierung erlaubte die Einreise und die Abgeordneten wurden vor Ort durch die deutsche Botschaft und MINURSO betreut. Da es sich bei dem Gebiet nicht um ein unabhängiges Staatsgebiet handelt, die Bundesregierung aber auch die Besetzung der Westsahara durch die marokkanische Regierung nicht aner-

kennt fällt diese Region nicht unter den konsularischen Betreuungsbereich der deutschen Botschaft. Einmal pro Jahr führt MINURSO Fahrten in die Westsahara durch, an denen dann auch Angehörige der deutschen Botschaft in Rabat teilnehmen können.

Aufgrund der politischen Verhältnisse gibt es keine direkten Flugverbindung zwischen Tindouf in Algerien und Laayoune in der Westsahara, sodass die Delegation zunächst nach Algier zurück musste, um und von dort über Casablanca nach Laayoune zu fliegen. Die marokkanische Seite war bemüht, die Delegation gut zu betreuen immer auch unter dem Aspekt, die Abgeordneten „unter Kontrolle“ zu halten.

Durch Störungen im Flugverkehr und daraus folgenden Verspätungen musste das für den Mittag des 15. Juni vorgesehene Gespräch mit den politischen Stiftungen in Casablanca ausfallen. Die Abgeordneten trafen am Abend des 15. Juni 2011 in Laayoune ein und hatten dort dann das Gespräch mit den Vertretern von MINURSO.

Bemerkenswert ist, dass die Gespräche mit den unabhängigen NGOs (CODESA, ASVDH, CODAPSO) von deren Seite sehr offen geführt wurden, obwohl sie unter behördlicher Überwachung der Marokkaner stehen und mit Repressalien rechnen müssen. Einige der Mitglieder der Organisationen waren selbst mehrere Jahre im Gefängnis und müssen aufgrund ihrer politischen Tätigkeit auch weiterhin befürchten, dass sie erneut verhaftet werden.

2. Details aus den Gesprächen

2.1 Staatliche Stellen der Region

2.2.1 Parlamentarier

Zu dem Gespräch mit der deutschen Delegation hatten sich Abgeordnete der Region, die Mitglieder des Stadtrates von Laayoune sind, eingefunden. Unter anderem der **Präsident des Stadtrates, Mouloud Alouat**. Man wisse, dass die Abgeordneten dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages angehörten und sich somit für die Menschenrechte interessierten und freue sich gerade deshalb über den Besuch und das Interesse

an dieser Region. Der Stadtrat von Laayoune habe 43 Mitglieder der verschiedenen Parteien, die alle unabhängige Parteien seien. Auch der Stadtrat selbst sei unabhängig. Sieben der Mitglieder seien Frauen. In Laayoune gebe es einen Provinzrat, der alle Dinge regele, die die Provinz betreffen. Zudem gebe es einen Regionalrat, der sich um die Interessen der Region kümmere. In jeder Region wiederum gebe es mehrere Präfekturen.

Die **Abgeordneten** betonten, dass aufgrund der politischen Lage die Region Laayoune sehr spezifisch sei und sie sich deshalb für die Verwaltung besonders interessierten. Vor Ort wolle man sich deshalb gern ansehen und darüber informieren, wie die Kooperation mit MINURSO verlaufe und wie sich die Zukunft der Westsahara gestalten könne. Man habe einen sehr positiven Eindruck von der Verwaltung der Sahraouis in Tindouf erhalten und interessiere sich nun dafür, in wie weit vor allem auch mit Blick auf die Gleichberechtigung Frauen in der Westsahara am politischen Geschehen teilnehmen. Wichtig sei auch zu erfahren, wer in der Westsahara als Sahraoui gelte und wer somit auch an einem möglichen Referendum teilnehmen könne. Die kommunale Selbstverwaltung, deren Etat, die Müllentsorgung und die Wasserwirtschaft, würden ebenfalls interessieren.

Der **Präsident** des Stadtrates erklärte, mit Blick auf die territoriale Einheit sei der Status der Westsahara vorrangig und von allergrößtem Interesse. Man befasse sich mit diesem Thema seit 35 Jahren und es sei nicht einfach, die Fakten in fünf Minuten zusammenzufassen. Auf die letzten Unruhen im November 2011 wolle man nicht eingehen, da man davon ausgehe, dass die Abgeordneten die Fakten dazu kennen. Nach ihrer Auffassung, so der Präsident, sei die Westsahara nach der Endkolonialisierung Spaniens ein Gebiet Marokkos. Der Konflikt um dieses Gebiet sei durch Algerien hervorgerufen worden. 1981 habe Marokko um ein Referendum gebeten, um das „vermeintliche Problem“ zu beenden. Der Antrag auf das Referendum sei von den Vereinten Nationen gebilligt worden und wurde immer wieder von verschiedenen Generalsekretären der VN aufgegriffen. Auf die weitere Entwicklung brauche er nicht einzugehen, da die Abgeordneten diese ja kennen würden. 1994 sei dann festgestellt worden, dass ein Referendum aufgrund der Situation nicht mehr durchführbar sei. Er selbst

habe sich die Lage in Tindouf angeschaut. Es sei unmöglich, festzustellen, wer Sahraoui sei und wer nicht. Dies sei aber Grundvoraussetzung um ein Referendum überhaupt durchführen zu können. Ursache sei unter anderem die vier von den Vereinten Nationen festgelegten Kriterien, die nur ganz schwer tatsächlich anwendbar seien. Die Kriterien seien:

- bei der Erstellung der Liste der Wahlberechtigten darf man sich nur auf spanische Daten stützen;
- ein Sahraoui gilt nur dann als Sahraoui, wenn der Vater ein Sahraoui war, das heißt, dieser muss einem Sahraoui-Stamm angehören;
- der/die Sahraoui muss mindestens sechs Jahre am Stück in der Westsahara gelebt haben;
- der/die Sahraoui muss insgesamt zwölf Jahre mit Unterbrechung in der Westsahara gelebt haben.

Nach seiner Auffassung, so der **Präsident** sei es „unendlich schwer“ einen Sahraoui nach diesen Kriterien zu identifizieren. Die Sahraouis lebten in der Westsahara und in Tindouf und einige lebten in Mauretanien. Die meisten Sahraoui lebten im Norden des Königreiches Marokko. Im Zuge der Identifizierungskampagne habe die Polisario 120.000 Menschen nicht als Sahraoui anerkannt. Da die Identifizierung jedoch unmöglich gewesen sei, habe der Generalsekretär der Vereinten Nationen alle Beteiligten an den Verhandlungstisch gebeten und Marokko habe für die Westsahara die regionale Autonomie erklärt. Die damalige Entscheidung von Marokko sei die einzig mögliche Lösung und basiere auf dem Prinzip der Gleichheit. Es gebe keine Gewinner und keine Verlierer dabei. Diese Lösung gebe der Bevölkerung die Möglichkeit, Exekutivorgane zu nutzen und in Zukunft ein regionales Parlament und eine regionale Regierung zu haben, die sich an einem übergeordneten Parlament orientieren müssen. Nach 35 Jahren sei dies die einzige Lösung des Problems und gebe der Bevölkerung die Möglichkeit, mit dieser Art der Selbstverwaltung ein Arsenal von Gesetzen zu erlassen und zum Beispiel das Steuerrecht zu verbessern und eigene Steuern zu erheben. An die Delegation appellierte der Präsident, dieses Anliegen und diese Lösung auf EU-Ebene und in der internationalen Staatengemeinschaft zu unterstützen.

Die MINURSO habe aus seiner Sicht die Aufgabe, das Referendum in der Westsahara vorzubereiten und durchzuführen, das Waffenstillstandsabkommen von 1991 zu überwachen und die Sahraouis zu identifizieren.

Für ihn sei ein Sahraoui, so der **Präsident** auf Nachfrage der Delegation, wenn der Vater und der Großvater Sahraoui sei und einem Stamm der Sahraoui angehöre. Die Stämme der Sahraouis seien bekannt und auch begrenzt. Dieses Kriterium treffe im Übrigen für alle Mitglieder der Regional- und Provinzräte der Westsahara zu. Die Westsahara sei im Süden Marokkos und integraler Bestandteil des marokkanischen Königreiches. Dennoch sei man offen für alle, die hier leben wollten und die Zugewanderten würden gleichberechtigt behandelt. Man sehe alle Menschen als Sahraouis an, die einem Sahraoui-Stamm angehörten. Dabei sei es egal, wo sie lebten. Im Übrigen habe auch die Polisario alle als Sahraoui anerkannt, auch die Menschen, die im Norden leben.

Zu der von **Abg. Tören** aufgeworfenen Frage nach der Müllentsorgung und der Wasserversorgung erklärte der **Präsident**, in ganz Marokko habe man das selbe System der Müllentsorgung. Es gebe in Laayoune ausreichend Müllfahrzeuge, Müllmänner und eine Müllkippe, so dass die Stadt ein gutes äußeres Erscheinungsbild bieten könne. Demnächst werde man eine neue moderne Müllverbrennungsanlage bekommen. Auch hier hoffe man aber, von Deutschland zu lernen und es wäre sicherlich sehr hilfreich, eine Kooperation auf kommunaler Ebene zu beginnen. Laayoune bekomme sein Trinkwasser aus der Entsalzungsanlage von der 25 Kilometer weit entfernten Küste und man habe Grundwasser. Zudem habe man ein ausgezeichnetes flächendeckendes Kanalisationssystem in Laayoune. Er selbst habe sich vor einem Monat in Deutschland die modernen Abwasseranlagen ansehen können.

Abg. Hänsel gratulierte zu diesem ausgezeichneten System der Müllentsorgung und Wasserversorgung. Die Menschen in Tindouf könnten davon nur träumen. Sie glaube, dass wenn es zwei Orte gebe, an denen die Menschen leben müssten, man eine wirklich gerechte Lösung für alle brauche. Eine Region könne auf Dauer nicht stabil sein, wenn die Menschen auf der einen Seite al-

les, die Menschen auf der anderen Seite aber nichts haben. Deswegen brauche man die Menschenrechte als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Die Delegation sei unter anderem hier, weil man zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara erhalten habe. In diesem Zusammenhang hätte sie auch gerne noch einmal Auskunft über die Auflösung des Protestcamps im November 2010. Ursache der Demonstrationen und Proteste, die brutal unterdrückt wurden, sei ja die soziale Ungleichheit gewesen. Sie interessiere, wie sich der Stadtrat mit diesem Thema befasst habe. Zudem habe Sie gehört, dass die Sahraouis in Laayoune diskriminiert würden und keine Arbeit fänden im Gegensatz zu der marokkanischen Bevölkerung. Sie interessiere, wie der Stadtrat auf soziale Benachteiligung und Unterdrückung junger Sahraouis reagiere.

Der **Präsident** betonte, die Menschenrechte in der Region seien ein wichtiges Thema. Sie würden eingehalten und man habe ein großes Interesse an den Menschenrechten. In Tindouf lebten nicht 200.000 Menschen sondern maximal 65.000 Menschen. Es gebe eine rege Wanderung zwischen Laayoune und Tindouf. Um mehr Klarheit über die tatsächliche Anzahl der Sahraouis in Tindouf zu erhalten, müsse man die Unterlagen von MINURSO einsehen. Diese hätten zuverlässige Zahlen und nicht die „Fantasiezahl“ der Polisario.

Abg. Hänsel verwies auf die Zahlen, die man von MINURSO erhalten habe und diese hätten von 28.000 Haushalten mit je etwa 6 Personen gesprochen. Eine entsprechende Anzahl von Zelten werde von MINURSO bereitgestellt, so dass die Art der Zählung einfach und transparent sei.

Der **Präsident** hielt dem entgegen, die Polisario weigere sich, eine Volkszählung durchzuführen, um weiterhin mit ihren Fantasiezahlen arbeiten zu können. Entscheidend sei aber, dass sich die Situation der Menschen verbessere. Man lebe in einem vereinigten Land und müsse sich gegen die „Separatisten“, die von Algerien aus aktiv seien, wehren. Man strebe einen Konsens und ein positives Leben für alle an. Die Abgeordneten sollten dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Letztendlich lebe man in der Westsahara in Freiheit und in einer Demokratie. Das Leben hier sei nicht vergleichbar mit dem in Tindouf. Wenn die

Menschen sich dort dem System der Westsahara anschließen, werde es ihnen auch besser gehen. Natürlich gebe es auch in der Westsahara soziale Probleme wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, vor allem bei für jungen Leuten. Man brauche große Anstrengungen, um die Situation in der Region zu verbessern, dies sei jedoch nicht nur ein regionales Problem. Wenn junge Sahraouis arbeitslos seien, ginge es ihnen genau so wie anderen jungen Menschen. Sie würden nicht diskriminiert. Bei dem Protestcamp habe es tatsächlich Tote und Verletzte gegeben, man müsse jedoch schon sehen, auf welcher Seite diese gewesen seien, nämlich hauptsächlich auf Seiten der Polizei und nicht bei den Protestierenden.

Die Stadt bemühe sich, Arbeit zu schaffen, nicht immer gelinge das aber vollständig und für jeden. Viele der jungen Universitätsabgänger erhielten allerdings automatisch einen Arbeitsplatz. Mit der steigenden Zahl der Universitätsabsolventen werde dies jedoch immer schwerer, ihnen auch weiterhin einen adäquaten Arbeitsplatz bieten zu können. Man sei in einer Region mit begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Abg. Graf verwies auf die Aussage von MINURSO, dass man jederzeit in der Lage sei, ein Referendum durchzuführen, die vorhandenen Zahlen müssten lediglich aktualisiert werden. Sie sei erstaunt, dass es 120.000 Sahraouis geben solle, die von der Polisario nicht als solche anerkannt würden. Man werde diesem Hinweis nachgehen. Die internationale Staatengemeinschaft stehe weiterhin auf dem Standpunkt, dass es ein Referendum geben solle. Dies sei ein klarer Auftrag von MINURSO. Dass die Westsahara ein integraler Bestandteil Marokkos sei, werde lediglich von Marokko so gesehen. Die internationale Staatengemeinschaft sehe dies anders. Ein Referendum wäre die richtige Lösung, da es ein demokratisches Herangehen an das Problem sei. Alle Bürger, die betroffen seien, sollten gefragt werden, was sie möchten. Man habe auch Informationen, dass es aus Marokko Zuwanderungen in die Westsahararegion gebe. Allein 2007 solle es etwa zwei Neusiedler auf einen Sahraoui gegeben haben. Sie interessiere, welche Zuwanderungszahlen dem Stadtrat vorliegen und wie er mit diesem Thema umgehe. Auch hätte sie gerne Informationen über die Anzahl der Landminen und die Minenopfer in den Krankenhäusern.

Der **Präsident** erklärte, ursprünglich habe Marokko das Referendum gewollt, die Polisario sei damals dagegen gewesen. Aus seiner Sicht brauche man die Beteiligung an einem solchen Referendum von allen Sahraouis, egal wo sie lebten. Die Verweigerung der Polisario, 120.000 Sahraouis als solche anzuerkennen, führe zu einer Blockade des Referendums. Eine gerechte Lösung könne man nur gemeinsam mit den Vereinten Nationen erreichen. Auch der UN-Generalsekretär habe eine solche gefordert. An einem Referendum müssten dann auch alle Sahraouis aus Marokko, Algerien und Mauretanien teilnehmen dürfen. Derzeit sei ein solches Referendum aber nicht möglich, so dass man eine friedliche Lösung auf anderem Wege finden müsse. Eine gangbare Lösung für die Region sei die Autonomie. Zur Zusammensetzung der Räte könne er noch einmal bestätigen, dass alle Regionalräte und Stadträte mit Sahraouis besetzt seien.

Man hoffe auf die Unterstützung Deutschlands bei den Anstrengungen, eine gute und gerechte Lösung zu finden. Marokko sei ein Tor zu Europa und ein vereinigter Markt stelle eine große Hoffnung für die Menschen dar. Hilfreich für die zukünftige Entwicklung wäre auch, wenn es eine Städtepartnerschaft zwischen einer deutschen Stadt und Laayoune geben könne. Dies hätte auch eine große symbolische Bedeutung.

2.2.2 Gespräch mit dem Wali von Laayoune – Boujdour – Sakia El Hamra, Herrn Lkhalil Dkhil

Bei dem Gespräch mit dem **Wali, Herrn Lkhalil Dkhil**, war bemerkenswert, dass eine AFP Journalist, der für die Deutsche Welle vor Ort arbeitet, ebenfalls anwesend war und völlig einseitige pro-marokkanische-Positionen vertrat. Auch bei diesem Gespräch verwies die deutsche Delegation auf die Vorwürfe der Polisario, dass Marokkaner politische Gefangene in den Gefängnissen folterten und verschwinden ließen, die Menschenrechte in der Westsahara mit Füßen getreten werde und MINURSO gegenüber der Delegation dargelegt habe, aus ihrer Sicht seien die Vorarbeiten für ein Referendum erledigt und man könne es technisch gesehen nun durchführen.

Der **Wali** führte hierzu aus, dass es eventuell Einzelfälle von Übergriffen der Polizei und von Folter geben könne, diesen würde dann jedoch strafrechtlich nachgegangen. Es sei keineswegs so, dass Folter systemisch sei oder dass es gar eine politische Entscheidung gegeben habe, zu foltern. Sympathisanten der Polisario hetzten die Bevölkerung auf und versuchten, mit Propaganda den marokkanischen Staat zu diffamieren. Der Foltervorwurf sei eines dieser Mittel. Wenn man von Folter und Gewalt spreche, müsse man dies auch gegenüber der Polisario tun, die für Tote und Gewaltaktionen verantwortlich sei. Zur Frage des Referendums erklärte er, dass Marokko dieses ursprünglich haben wollen. Damals sei die Polisario dagegen gewesen. Die Polisario sei nicht souverän und könne nicht alleine über den weiteren Fortgang entscheiden. Das Lager in Tindouf befinde sich in einem Gastland, nämlich Algerien, und Algerien sei dann der Verhandlungspartner. Marokko habe das Referendum gewollt, es habe aber Sabotage gegeben. Im Übrigen seien 80 Prozent der Sahraouis für die Einheit des Landes. Dies sei auch der Wunsch der Vertreter in Westsahara und der marokkanischen Regierung und man arbeite daran. Es müsse ganz klar gesehen werden, dass das Westsaharaproblem kein Menschenrechtsproblem sondern ein politisches Problem sei.

Zu dem Hinweis der **Delegation**, dass sich beide Seiten gegenseitig Menschenrechtsverletzungen vorwerfen würden und dass es deshalb sinnvoll sei, eine Menschenrechtskomponente in das MINURSO Mandat mit aufzunehmen und internationale Beobachter ins Land zu lassen, erklärte der **Wali**, die Polisario sei ein Propagandaapparat mit der einzigen Funktion, im Exil die Werbetrömmel zu rühren und Marokko schlecht zu machen. Marokko hingegen sei ein demokratischer Staat und habe eigene Menschenrechtsinstitutionen, die dafür Sorge trügen, dass die Menschenrechte eingehalten würden. Eine internationale Beobachtung sei nicht erforderlich. Es sei nicht einzusehen, warum Marokko Rechte abgeben solle. Ständig habe man mit Organisationen zu tun, die die Polisario unterstützten und die Segregation förderten. Erhobenen Hauptes könne er sagen, dass die Westsahara und Marokko ein organisches Land seien und dies sein Land und seine Familie sei. Die Verletzung der Menschenrechte sei ein vorgeschobenes Argument der Polisario, die versuche, ihre politischen Ziele zu erreichen.

Der **Delegationsleiter** hielt im entgegen, dass man den Propagandavorwurf keineswegs teilen könne. Man sei gerade in Tindouf gewesen und habe nicht das Gefühl gehabt, mit anti-marokkanischer Propaganda überschüttet worden zu sein. Bei den Gesprächen sei aber deutlich geworden, dass die Polisario ein Referendum fordere und das MINURSO bereit sei, dieses auch durchzuführen. Die humanitäre Situation in dem Lager sei erschreckend und es müsse sich etwas zu Gunsten der Menschen ändern. MINURSO habe klare Zahlen für die Anzahl der Flüchtlinge, die bei etwa 180.000 bis 200.000 lägen vorlegen können. Dies werde anhand der Zelte, die benötigt werden, und der Anzahl der Familienmitglieder errechnet. Aufgrund der Anzahl der Zelte und der humanitären Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln und Medikamenten sei ein ziemlich präziser Rückschluss auf die Anzahl der Bevölkerung möglich.

Der **Wali** hielt dem entgegen, dass man bereits vor 15 Jahren die Menschen in Tindouf habe zählen wollen, die Polisario aber strikt dagegen gewesen sei. Auch müsse gesehen werden, dass eine große Zahl der Hilfsmittel in Nachbarländer verkauft würde. Marokko fordere seit Jahren eine Zählung der Flüchtlinge und aus seiner Sicht müsse auch die EU ein Interesse daran haben, Klarheit zu bekommen, wie viele Hilfsgüter man liefern müsse und wo diese letztendlich landeten. Marokko sei für ein Referendum, es müsse aber klar gesehen werden, wer hierbei wahlberechtigt sein solle. In einer ersten Phase müsse es eine Zählung der Wahlberechtigten geben und erst dann könne das Referendum geplant werden.

Abg. Graf hielt dem entgegen, dass laut Aussage von UNHCR und MINURSO die Wählerlisten bereits erstellt seien und lediglich aktualisiert werden müssten. Es bestehe deshalb keine Notwendigkeit, das Referendum weiter hinauszuzögern. Im Übrigen sei es ein schwerwiegender Vorwurf gegenüber dem UNHCR, dass dieser wissentlich zuschauen würde, wie die Lebensmittel der internationalen Staatengemeinschaft „verschoben“ würden. UNHCR und MINURSO hätten keine Erkenntnisse über dieses angebliche Verkaufen der Hilfsmittel im Ausland.

Der **Wali** erläuterte, es seien zwei verschiedene Dinge angesprochen: zum Einen die Wählerliste für das Referendum von MINURSO und zum Anderen die UNHCR Listen für die Hilfsprogramme. MINURSO sei nicht identisch mit dem UNHCR. Der **AFP Journalist** ergänzte, er könne Fakten nachliefern, aus denen hervorgehe, dass der UNHCR beim „Verschieben der Lebensmittel“ mithelfe.

Der **Delegationsleiter** hakte nach, und verwies darauf, dass seit 20 Jahren ein Referendum vorbereitet werde. Dies sei ein völkerrechtlich untragbarer Zustand und eine „Farce“. Ihn interessiere, wie die konkrete Vorgehensweise der marokkanischen Seite nun sei, um das Referendum stattfinden zu lassen.

Der **Wali** erklärte, das Gebiet der Westsahara habe schon immer zu Marokko gehört. Und schon immer hätten die in der Westsahara lebenden Stämme großen Wert auf gute Beziehungen zum Königshaus gelegt. Schon 1973 habe der Internationale Gerichtshof in Den Haag festgestellt, dass es Verbindungen zwischen den Stämmen und der Königsfamilie gebe. Die Probleme der Teilung resultierten aus der Kolonialzeit. Damals sei die Gegend aufgeteilt worden, die Mitte sei an Frankreich gegangen, der Süden an Spanien. Zuvor sei Marokko ein einiges Land gewesen.

Der **Delegationsleiter** wies darauf hin, dass die Westsahara 1963 von den Vereinten Nationen in die Liste der Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung aufgenommen worden sei und seitdem als Territorium ohne Regierung gelte. Im deutschen Recht werde die Westsahara in demselben Paragraphen erwähnt, in dem die Hochsee erwähnt werde, weil es keine feste Zuordnung zu einem Land gebe.

Der **Wali** betonte erneut, man sei nicht gegen ein Referendum aber man müsse den Standpunkt der Bevölkerung verstehen und ein „geregeltes Referendum“ haben. Die Bevölkerung wolle die Integration in marokkanisches Gebiet. Marokko habe die Autonomie vorgegeben, da die UNO und MINURSO nicht vorkämen.

Abschließend verwies **Abg. Hänsel** darauf, dass die marokkanische Seite nicht berechtigt sei, im Zusammenhang mit den Sahraouis von Separatisten zu sprechen. Diese seien Menschen, die sich für ihre Rechte und Unabhängigkeit einsetzten. Wenn man von Separatisten spreche, bedeute dies, dass sie sich von einem Staat abspalten wollten, dies sei aber nicht der Fall.

2.2.3 Nationaler Menschenrechtsrat

Der **Vertreter** des Nationalen Menschenrechtsrates erläuterte den Abgeordneten, es gebe ein Büro des Menschenrechtsrates in Rabat und eines in der Westsahara in Laayoune. Beide hätten die gleichen Funktionen und seien zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte eingerichtet worden. Das Büro erarbeite eigene Programme mit sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten. Einzelne Betroffene könnten sich bei dem Büro beschweren und die Mitarbeiter führten Gespräche vor Ort und versuchten, dort zu helfen. Man reagiere ferner auf Vorkommnisse, wie zum Beispiel Protestbewegungen. Das Büro des Nationalen Menschenrechtsrates sei unabhängig von der Regierung und den regionalen Behörden und erarbeite regelmäßig Berichte zur Menschenrechtssituation in der Westsahara. Man habe aber etliche Hindernisse zu überwinden und wirklich autonom zu arbeiten, sei schwierig. Insgesamt könne aber festgehalten werden, dass sich im Laufe der Jahre die Situation der Menschen in der Westsahara verändert habe und es im Grunde eine permanente Veränderung gebe. Auf Nachfrage erklärte er, dass es in der Westsahara kein Recht auf freie Meinungsäußerung gebe. Aufgabe des Menschenrechtsrates sei es deshalb auch, auf Missstände aufmerksam zu machen und zu reagieren. Bei der Einordnung von Problemen sei es manchmal schwierig, festzustellen, was politisch und was juristisch sei. Sein Büro erstelle aber auch Programme, um zu mehr Klarheit zu kommen. Wichtig sei es, die Menschen über ihre Möglichkeiten und Rechte aufzuklären, denn nur im Wissen der eigenen Rechte könne man diese auch einfordern. Die Programme des Menschenrechtsrates zielten auf alle Bevölkerungsschichten.

Auf die Nachfrage der **Abgeordneten**, welche Art von Hindernisse der Menschenrechtsrat zu überwinden habe, erklärte der Vertreter des Menschenrechtsrates, es gebe zahlreiche Probleme, da man unterschiedliche Ideen und

Auffassungen davon habe, was Menschenrechte seien. Der Staat zum Beispiel sei ein Hindernis, da er ein anderes Verständnis von Menschenrechten habe. Auch gebe es oft Probleme mit der Polizei. Der Menschenrechtsrat sei zwar eine Staatsorganisation, habe aber ein eigenes Budget und eine gewisse Autonomie. Zu dem im November 2011 aufgelösten Protestcamp erklärte er, man habe die Situation und die sich daraus ergebenden Probleme vorhergesehen. Man habe die Ereignisse dort mit verfolgt und dem Staat Vorschläge gemacht, wie man damit umgehen könne. Man habe Informationen aus dem Protestcamp gesammelt und an die Zentralregierung weitergeleitet. In Rabat habe es einen Ausschuss gegeben, der sich mit dem Protestcamp befasst hat und der Menschenrechtsrat habe dort seine Position darlegen können.

Von der Delegation nach Folter gefragt, erklärte er, seine Institution habe Informationen darüber, dass in den Gefängnissen gefoltert werde. Manchmal könnten sie sogar helfen. Sie hätten das Recht, automatisch zu intervenieren wenn Hilfe benötigt werde. Streben des Menschenrechtsrates sei es, die Gesellschaft zu schützen und gegen Gewalt und Aggression vorzugehen. Auch setze man sich für den Schutz vor Diskriminierung ein. Insgesamt könne man festhalten, dass der Menschenrechtsrat sehr viel Arbeit habe und es häufig auch Demonstrationen vor ihrem Büro gebe.

Auf die Frage des **Delegationsleiters**, wenn er die Unabhängigkeit des Menschenrechtsrates auf einer Skala von 1 (abhängig) bis 10 (völlig unabhängig) einschätzen müsste, wo er dies dann tun würde, erhielt er keine Antwort. Der **Vertreter** des Menschenrechtsrates betonte aber, dass sein Büro eine Verantwortung gegenüber der eigenen Gesellschaft habe. Die Abgeordneten sagten ihm zu, dass sie ihm Informationsmaterialien vom Deutschen Institut für Menschenrechte zukommen lassen werden. Dies könne für seine Arbeit sehr hilfreich sein.

2.3. NGOs mit staatlicher Anbindung (Gongos)

Das Gespräch der **Delegation** mit einer Organisation die für Bildung und berufliche Bildung zuständig ist sowie der staatlichen Agentur Unterstützung und wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den südlichen Provinzen des König-

reiches Marokko (Agency for the Promotion and Economic and Social Development of the Southern Provinces of the Kingdom) verlief in angespannter Atmosphäre und unter Zeitdruck. Das Gespräch wurde dominiert von einem der Vertreter der Organisation für Bildung und berufliche Entwicklung. Auf die Eingangsfrage nach den Menschenrechten, die sich auch in sozialen und kulturellen Rechten niederschlugen und ob es eine strukturelle Benachteiligung für Sahraouis gebe, erklärte der **NGO-Vertreter**, die deutsche Delegation dürfe nicht vergessen, dass man in Nordafrika sei und nicht in Europa. Hier stelle sich vieles ganz anders dar. In Marokko gebe es keine Strukturprogramme sondern lediglich kleinere Programme, zum Beispiel für Frauen oder für die Alphabetisierung. Man sei nicht in dem Sinne wie Deutschland „Bürgergesellschaft“ und habe keine vergleichbare Demokratie. Deutschland könne aber Verständnis aufbringen, da es selbst einmal ein geteiltes Land gewesen sei. Die Demokratie müsse sich in Marokko erst noch entwickeln und könne nicht per Kriegsdekret oktroyiert werden. Man müsse auch die Bevölkerungskonstellation sehen. Hier seien 56 Prozent der Bevölkerung jünger als 25 Jahre. Dies bringe gewisse Probleme mit sich. Aus seiner Sicht sei eine „Balkanisierung“ in Laayoune festzumachen. Junge Menschen hätten oft keine Perspektive und keine Ausbildung. Es gebe aber auch keinen staatlichen Programme für sie. Aber auch Universitätsabsolventen seien oft arbeitslos. Ein paar von ihnen könnten in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden, aber auch hier gebe es nicht genug Stellen. Mit den Problemen auf dem Arbeitsmarkt seien sie übrigens nicht alleine in der Welt. Auch in Europa und den USA gebe es vergleichbare Probleme. Ein weiteres Problem sei das Recht auf eigene Wohnung und der Zugang zur Bildung. Aber inzwischen bewege sich auf dem marokkanischen Bildungssektor etwas und man versuche sich auf die neue Lage einzustellen.

Insgesamt müsse gesehen werden, dass die jungen Leuten nicht auf die Globalisierung vorbereitet seien und keine staatlichen Programme gebe, um dieses Problem aufzufangen. Hier sei eine bessere staatliche Planung nötig. Von Balkanisierung spreche er deshalb in Laayoune, da hier viele Menschen aus verschiedenen Regionen lebten, auch Re-Emigranten aus Europa. Diese müssten irgendwie integriert werden. Dazu gebe es bisher jedoch keine politischen Anstrengungen. Derzeit spiele der Staat „nur Feuerwehr“ und suche örtlich nach

kleineren Lösungen. Was man aber brauche sei eine richtige Strategie und eine sinnvolle Planung für die Zukunft. Der Staat habe inzwischen begonnen, Wohnungsbauprogramme zu initiieren um den sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu begegnen. Hier tauche aber das Problem der Korruption auf. So könne es passieren, dass in den staatlichen Wohnungen die eigentlich für Bedürftige vorgesehen seien, Freunde von Staatsdienern und Funktionären beziehungsweise deren Familien dort einzögen. Ein weiteres Problem bei Korruption sei, dass die Parlamentarier sich im Prinzip einen Platz im Parlament kaufen könnten. Auch die Ursachen für das Protestcamp letzten Jahres hätten fließende Grenzen. Es sei ein politischer Aufstand aber auch ein sozialer Aufstand gewesen. Viele Probleme in der Westsahara seien eher sozial und kulturell, weniger politisch. Häufig sei der Hinweis, dass man Sahraoui sei, lediglich eine Ausrede, um sich nach einem kriminellen Delikt zu rechtfertigen. Die Menschenrechtssituation in der Westsahara sei nicht vergleichbar mit der in Deutschland. Die Bevölkerung in Laayoune komme aus verschiedenen Ländern und die Sahraouis gehörten verschiedenen Stämmen an. Die Territorien seien zuvor spanische Kolonie gewesen. Die wahren Probleme in der Westsahara seien nicht politischer, sondern sozialer und bildungspolitischer Art. Die Politiker täten nicht genug dagegen und ein weiteres Problem sei, dass die Politiker häufig viele Funktionen hätten und keiner wirklich gerecht würden.

Die **Vertreterin** der Agentur für Unterstützung und wirtschaftliche und soziale Entwicklung der südlichen Provinzen des Königreiches Marokko hatte aufgrund der ausführlichen Darlegungen ihres Vorredners und des Zeitdrucks der Delegation kaum Gelegenheit, sich zu äußern. Sie verwies daher auf ihre Broschüre mit Informationen, vor allem im sozialen, städtischen und wirtschaftlichem Bereich. Die Agentur sei 2003 gegründet worden und habe bereits sehr eindruckliche Arbeit leisten können. Sie arbeite genauso wie Organisationen in anderen Teilen Marokkos und man bemühe sich um die positive Entwicklung in den südlichen Regionen. Man erarbeite regionale Entwicklungspläne für verschiedene Teilbereiche der Gesellschaft, zum Beispiel den Aufbau von Gemeindestrukturen, Straßen, Häuser, Sozialprogramme sowie Unterstützung von Einrichtungen für Jugendliche, im soziokulturellen und sportlichen Bereich. Insgesamt gehe es

darum, die Zivilgesellschaft zu unterstützen und zu stärken und die wirtschaftliche Entwicklung der Region voranzubringen.

2.4 NGOs

2.4.1 CODESA

CODESA (Collective of Sahrawi Human Rights Defenders) ist die Organisation der bekannten sahraouischen Freiheitskämpferin Aminatou Haidar, die die Delegation eigentlich treffen wollte. Aufgrund von gesundheitlichen Problemen – Frau Haidar musste sich einer Operation in Spanien unterziehen – konnte sie an dem Treffen nicht teilnehmen. Mit großer Dankbarkeit nahmen aber die Vertreter von CODESA die guten Wünsche der Abgeordneten für Frau Haidar entgegen. Dieses Mitgefühl für ihre Präsidentin zeige, dass die Organisation und der Kampf der Sahraouis doch noch nicht ganz vergessen seien. Der Besuch der Delegation bei CODESA sei ein Zeichen dafür, dass es für den Freiheitskampf der Sahraouis noch Unterstützung gebe und das Thema wieder auf die internationale Agenda kommen könne. In einer sehr professionellen und detaillierten Power Point Präsentation zeigten die CODESA Vertreter den Abgeordneten die Entwicklung der Organisation, die 2002 gegründet und von der marokkanischen Regierung verboten wurde. Alle Aktivitäten erfolgen deshalb aus Privathäusern aus. Das Problem der fehlenden Registrierung und Anerkennung durch staatliche Behörden liege darin, dass dadurch alle Aktivitäten mehr oder weniger illegal seien und man jederzeit mit Repressionen rechnen müsse. Dennoch habe man auch Beziehungen mit marokkanischen Nichtregierungsorganisationen. Eine offizielle Registrierung sei zudem erforderlich, um ein reguläres Büro eröffnen zu können, in dem dann die Betroffenen zu ihnen kommen könnten. Ziel der Organisation sei es, die Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und den Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen sowie ihnen eine Rechtsberatung zu geben. Auch sei es ihnen durch die Nichtregistrierung nicht möglich, als Organisation in anderen Gremien teilzunehmen oder die Meinung frei zu äußern. Die marokkanischen Behörden versuchten die Arbeit der NGOs zu behindern und es gebe keinen Austausch zwischen beiden Seiten. Man bewege sich auf „unterschiedlichen Wellenlängen“. Das Gleiche gelte für die politischen Parteien. Ein Austausch mit diesen von Rabat ferngesteuerten Gremien sei nicht möglich.

Gemeinsam mit anderen NGOs kämpften sie für eine freie Meinungsäußerung, das Recht auf Selbstbestimmung und die Durchführung eines Referendums zur Unabhängigkeitsfrage der Westsahara. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auch für die Sahraouis gelten. Der von Marokko eingesetzte Wali Lkhalil Dkhil habe nicht das Recht, für die sahraouische Bevölkerung zu sprechen. Die Sahraouis in Laayoune fühlten sich nicht durch ihn repräsentiert. Ziel der Marokkaner sei es, immer mehr Marokkaner in der Westsahara anzusiedeln und damit die Zeit für sich arbeiten zu lassen. Ziel ihrer Organisation sei es aber, eine angemessene Vertretung der Sahraouis im Parlament zu erreichen und die Bodenschätze auszubeuten und die Profite für die Bevölkerung zu nutzen. 30 Prozent der Bevölkerung in der Westsahara seien Sahraouis, der Rest seien Marokkaner. Interessanterweise dürften diese aufgrund eines Erlasses der marokkanischen Regierung in Marokko nicht wählen und sich auch nicht wählen lassen.

Eines der größten Probleme in der Westsahara sei die Straffreiheit. Die Menschenrechte würden permanent verletzt und Menschen, die zu Unrecht verhaftet würden oder gar in Gefängnissen gefoltert würden, hätten keine Chance auf Wiedergutmachung oder Bestrafung der Täter, häufig Polizisten oder Militärs. Und wenn die Polizei nicht selber gegen kritische Sahraouis vorgehe, so seien es Folterknechte, die die Drecksarbeit gegen Bezahlung für die Polizei machten. Die Marokkaner gingen aber auch taktisch klug vor, indem sie Sahraouis in den öffentlichen Dienst einstellten. Wenn man seine Rechte einfordere, verweise die marokkanische Regierung dann darauf, dass man schließlich auch Sahraouis im öffentlichen Dienst beschäftige. Dass es das Protestcamp Ende letzten Jahres überhaupt gegeben habe, zeige aber, dass die marokkanische Sozialpolitik gescheitert sei. Die Forderungen seien hauptsächlich sozialer Art gewesen.

Die **NGO-Vertreter** betonten, sie hätten keine Probleme mit dem marokkanischem Volk. Der politische Gegner sei die marokkanische Regierung, die gegen die politisch aktiven Sahraouis vorgehe. Aus ihrer Sicht sei es durchaus möglich, eine gemeinsame Lösung zu finden. Marokko setze seine Interessen brutal durch, dies habe man zuletzt bei der Auflösung des Camps sehen können.

Langfristig sehe man das Problem bei der ungeduldigen Jugend. Doch inzwischen verlören auch die älteren Sahraouis ihre Geduld. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung werde immer größer, da eine Zukunftsperspektive fehle.

2.4.2 ASVDH

ASVDH (Association Sahraouie des Victimes des Violations Graves des Droits de l'Homme) ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich vor allem um die Verschwundenen kümmert. Die zwei Frauen und zwei Männer, die das Gespräch mit den Abgeordneten – ebenfalls in einem Privathaus – führten, waren selbst zum Teil mehrere Jahre in Haft gewesen, ohne dass ihre Familien von ihrem Verbleib wussten, und sind auch gefoltert worden. Sie erklärten, dass dieser Besuch außerordentlich wichtig sei, da sie zum Einen moralische Unterstützung dadurch erhielten, aber auch hofften, dass auf Marokko Druck ausgeübt werde, um die Verschwundenen wieder freizulassen. Viele der Gefangenen würden nicht nur in der Westsahara sondern auch in Marokko in Gefängnisse gebracht. Die Dauer der Haft könne zwischen drei und siebzehn Jahren liegen, die Großmutter eines der Gesprächspartners sei sogar bereits seit 20 Jahren verschwunden. Man wisse nicht, wo sie sei und ob sie noch lebe. Wichtig sei, dass die Öffentlichkeit von den Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara erfahre.

Ihre Organisation hätten sie im Jahre 2005 gegründet. Offiziell hätten sie sich jedoch nicht registrieren lassen dürfen. Ihr Ziel sei es, den Opfern eine Anlaufstelle zu bieten und sie vor Gericht zu betreuen und zu unterstützen. Die Straflosigkeit dürfe nicht fortbestehen und die Taten müssten öffentlich gemacht werden und die Täter bestraft werden. In einem Fall hätten sie jüngst sogar Recht bekommen, da das Gericht einen Formfehler begangen habe. Ein Problem sei, dass die Opfer ein ärztliches Attest benötigten, die Ärzte sich aber nicht trautes, ein solches auszustellen, um nicht selbst verhaftet zu werden. Der marokkanische Staat wende seine eigenen Gesetze nicht an.

Auch aus der Sicht dieser Organisation hatte das Protestcamp aus dem Jahre 2010 eher soziale Ursachen. Einige der damals verhafteten Menschen seien inzwischen, wenn auch mit Auflagen, wieder auf freiem Fuß. Einige seien noch

immer in Haft und bei allen seien die Anschuldigungen frei erfunden gewesen. Aus ihrer Sicht, so die NGO-Vertreter auf Nachfrage der Abgeordneten, könne man in der Westsahara und in Marokko von systematischer Folter sprechen. Dies sei kein Einzelfall mehr, sondern Polizei und Militär folterten systematisch und die Täter würden nicht bestraft. Die Europäische Union und Deutschland müssten Druck auf die marokkanische Regierung ausüben, damit sich dies ändere.

2.4.3 CODAPSO

Die Nichtregierungsorganisation CODAPSO (Comité de Defens del Derecho de Autodeterminación del Pueblo del Sahara Occidental) ist ebenso wie die CODESA und ASVDH (Association Sahraouie des Victimes des Violations Graves des Droits de l'Homme) nicht offiziell registriert, so dass auch ihre Arbeit nicht von einem offiziellen Büro aus erfolgen kann. Auch mit dieser Gruppe trafen sich die Abgeordneten deshalb in einem Privathaus. Von der Organisation waren etwa 20 Personen bei dem Gespräch mit den Abgeordneten und fast jeder von ihnen hatte selbst mehrere Jahre im Gefängnis gesessen und war gefoltert worden. Den Abgeordneten zeigten sie die Folterspuren und berichteten jeweils kurz über den eigenen Fall. Sie übergaben den Abgeordneten zudem eine Liste mit Gefangenen und Verschwundenen und baten die Delegation, sich gegenüber der marokkanischen Regierung für deren Freilassung einzusetzen. Viele der Gefangenen seien weit weg von der Westsahara in Marokko interniert. In der Regel werde den Sahraouis vorgeworfen, mit der Frente Polisario zu operieren beziehungsweise Kontakt zu haben oder zu sympathisieren, was ausreiche, um gefangen genommen zu werden. Seit 37 Jahren litten die Sahraouis unter der Besatzungsmacht und es werde Zeit, dass sie endlich eine Unabhängigkeit in Freiheit bekämen. Auch CODAPSO betonte die Notwendigkeit, dem MINURSO-Mandat eine Menschenrechtskomponente hinzuzufügen. Gleichzeitig kritisierten sie, dass MINURSO die Situation vor Ort nicht wirklich kontrolliere und lediglich aus „touristischen Zwecken“ in der Westsahara seien. Die Sahraouis hätten das Recht als Mensch in Freiheit zu leben und die Menschenrechte gewahrt zu sehen. MINURSO habe das Mandat, ein Referendum durchzuführen und die internationale Staatengemeinschaft müsse dies nun auch durchsetzen. Historisch gesehen sei auch Spanien in der Verantwortung und

müsse sich deshalb für die Sahraouis engagieren. Viele Sahraouis verbrächten etliche Jahre im Gefängnis und an eine Aussöhnung sei überhaupt nicht zu denken, wenn deren Rechte nicht gewahrt und die Gefangenen freigelassen würden. Ihre Organisation, so die CODAPSO-Vertreter, sei Ansprechpartner für viele Opfer und versuche, diesen zu helfen und den Weg zurück in ein normales Leben zu finden. Die marokkanischen Besatzer schreckten auch nicht davor zurück, schwangere Frauen zu inhaftieren und durch Folter eine Abtreibung zu erzwingen. Es sei zwar 1999 ein Rat für Menschenrechte und Wiederaussöhnung eingerichtet worden, es gebe diesen jedoch lediglich zum Schein und er arbeite nicht an einer wahren Aussöhnung. Der Menschenrechtsrat (HRC) täte nichts für die Opfer, obwohl diese bereits dreimal dort ausgesagt hätten. Einigen Opfern sei Entschädigung angeboten worden, und diese hätten sie auch angenommen, weil sie sie dringend benötigten, letztendlich sei die Entschädigung aber nicht ausreichend. Häufig werde auch argumentiert, dass die Beweise nicht ausreichen, dass man tatsächlich gefoltert worden sei.

Der **Delegationsleiter** bat die CODAPSO-Vertreter ihm Material über die Verbrechen zuzuschicken und er werde dann versuchen, eine zweite Quelle, zum Beispiel amnesty international, zu finden. Danach könne man entscheiden, wie weiter vorgegangen werde. Auch **CODAPSO** beklagte – wie bereits die anderen Organisationen – dass die Polizei, die für die Folter verantwortlich sei, straffrei ausgehe. Auf die Nachfrage der **Delegation**, ob die Aussage des Walis zutrefte, dass die Mitglieder der Regionalräte 100 Prozent Sahraouis seien, erklärten die **NGO-Vertreter**, dies sei nicht der Fall. Alle Einwanderer aus Marokko in der Westsahara seien Marokkaner. Die Regionalräte und Stadträte repräsentierten nicht das sahraouische Volk.

2.4.4 Besuch bei einer sahraouischen Familie

Abg. Hänsel hatte die deutsche Botschaft und die Delegation auf den Fall eines jungen Sahraouis hingewiesen, der im Dezember 2010 von den Behörden verhaftet und in Haft umgekommen war. Noch immer habe die Familie den Leichnam nicht bekommen. Die deutsche Botschaft stellte den Kontakt zu der Familie her und die Delegation beschloss, die Familie in dem Trauerhaus kurz zu besuchen. Die Schwester des Bruders schilderte die Umstände der Verhaf-

tung und anschließenden Suche nach ihrem Bruder. Am 21. Dezember 2010 sei die Polizei in das Haus der Familie gekommen und habe nach ihrem jüngeren Bruder gefragt. Sie habe zunächst angenommen, die Polizei wolle erneut ihren älteren Bruder verhaften, der normalerweise im Ausland lebe und zur Beteiligung an dem Protestcamp in die Westsahara gekommen sei. Der ältere Bruder sei schon mehrfach verhaftet worden und nun habe man mit einer erneuten Verhaftung gerechnet. Wie sich später herausstellte, fragte die Polizei zwar nach dem jüngeren Bruder, hatte diesen aber schon längst festgenommen. Bis heute sei unklar, warum die Polizei dies getan habe. Später habe die Familie erfahren, dass der jüngere Bruder im Krankenhaus sei, als man dort hingegangen sei, um ihn zu besuchen, sei ihnen jedoch der Eintritt verwehrt worden. Ein befreundeter Arzt habe später im Krankenhaus nach dem Bruder gesucht und ihn mit einer Schusswunde im Kopf tot aufgefunden. Der Familie sei angeboten worden, den Leichnam des Bruders zurückzubekommen und eine Entschädigungssumme, falls sie die Sache dann auf sich beruhen lassen würden. Dies lehne die Familie jedoch ab. Man wolle eine offizielle Obduktion und eine Strafverfolgung der Täter. Seit diesen Vorfällen im Dezember seien ihre Eltern, die ohnehin schon alt und krank waren, völlig „gebrochen“. Der Vater habe seitdem das Haus nicht mehr verlassen. Die Familie erfahre in ihrem Kampf für Gerechtigkeit große Unterstützung anderer Sahraouis, was sich auch eindrücklich zeigte, als während des Gespräches mit den Abgeordneten immer mehr Freunde und Verwandte in das Haus kamen. Die Familie zeigte den Abgeordneten noch Filmaufnahmen von dem Angriff der Polizei auf ihr Haus. Die Einschlagstellen der Steine, die durchs Fenster geschmissen wurden, sind noch immer in dem Zimmer zu sehen. Die Polizei übe Druck aus und hoffe, langfristig die Familie mürbe zu machen, damit diese die Sache auf sich beruhen lässt. Andere sahraouische Familien hätten dies getan, sie würden aber durchhalten und weiterhin eine Autopsie fordern. An die Abgeordneten appellierte die Familie, sich für die Aufklärung der Todesumstände einzusetzen und sie bei ihrer Forderung nach einer Autopsie zu unterstützen. Bei den offiziellen Gesprächen in Rabat sollten sie diesen Fall ruhig ansprechen. Es sei wichtig, ihn öffentlich zu machen.

2.5 MINURSO

In Laayoune traf sich die Delegation mit zwei Vertretern von MINURSO (Mission des Nations Unies pour L'organisation d'un référendum au Sahara occidental). Sie schilderten den Abgeordneten die Arbeit vor Ort, die vor allem durch sehr viel Routinearbeit geprägt sei. Zweck der regelmäßigen Patrouillen und Berichte darüber sei das Monitoring der Westsahara und weiterhin die Vorbereitung des Referendums. Seit 1991 sei MINURSO damit betraut, das Referendum für eine eventuelle Unabhängigkeit der Westsahara vorzubereiten mit einem Schwerpunkt seit 1995 auf der Identifizierung derjenigen, die wahlberechtigt seien. Es gebe mehrere Kriterien für die Wahlberechtigung: dass die Eltern im spanischen Zensus vermerkt seien, dass man selbst sechs Jahre in den Territorien gelebt habe, dass man einem sahrauischen Stamm angehöre. Für die Nomaden unter den Sahraouis sei es natürlich sehr schwierig, Sesshaftigkeit für sechs Jahre nachzuweisen. Die MINURSO-Kommission, die zuständig gewesen war für die Identifizierung der Wahlberechtigten, habe 2003 die Arbeit beendet. Derzeit habe man keine genaue Anzahl der Sahraouis in der Westsahara. Man arbeite mit Schätzungen und gehe von etwa 300.000 Personen aus. Die letzte offizielle Basis für Zahlen sei der spanische Zensus aus dem Jahr 1975. Von 1976 bis 1990 seien lediglich Bewegungen der Flüchtlinge registriert worden und daraus würde dann abgeleitet, wie viele Personen in etwa in der Westsahara leben. MINURSO habe diesen zivilen Aspekt der Vorbereitung des Referendums und einen militärischen, die Überwachung des Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien. Der von Marokko errichtete befestigte Schutzwall (Berm) müsse überwacht werden, was mit regelmäßigen Patrouillen geschehe. Allein 2010 habe es 7.000 solcher Kontrollen gegeben. Insgesamt, so die MINURSO-Vertreter, sei die Mission doch sehr „frustrierend“. Eigentlich habe man die Datenbasis, um das Referendum durchführen zu können. Die Daten müssten lediglich aktualisiert werden, was in relativ kurzer Zeit erfolgen könne. Der politische Prozess komme allerdings nicht vorwärts.

Demoralisierend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von MINURSO sei auch, dass der klassische Sinn einer UN-Mission nicht mehr da sei. Auch aus ihrer Sicht sei es notwendig, dass MINURSO eine Menschenrechtskomponente erhalte. Problematisch sei ferner, dass MINURSO nicht wirklich in Kontakt trete mit Politikern beider Seiten und lediglich ständig Berichte geschrieben würden

über die alltägliche Arbeit, die Gesamtmision allerdings nicht vorwärtskomme. Aufgrund des eingeschränkten Mandates sei es den MINURSO-Vertretern nicht möglich, die Menschenrechtskomponente abzudecken und die Einhaltung der Menschenrechte zu kontrollieren. Man habe weder das Mandat noch das Personal dafür. Probleme habe man auch mit der Polisario, die in vielen Bereichen nicht optimal kooperiere. Häufig akzeptierten sie die Mitarbeiter von MINURSO nicht. Die Situation könne aber nur geändert werden, wenn die Konfliktparteien mit der Änderung des Mandates einverstanden seien. MINURSO selbst könne hier nichts ändern. Die Westsahara, so die MINURSO-Vertreter, sei ein vergessener Ort und es wäre hilfreich, wenn zum Beispiel der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki Moon die Westsahara besuchen würde. Auch die bisherigen Treffen mit dem Sondergesandten der VN für die Westsahara, Christopher Ross, hätten keine Bewegung in die Angelegenheit gebracht. Die Polisario beharre auf dem Referendum, die Marokkaner lehnten dies ab.

Auf den Hinweis der **Delegation**, dass die Marokkaner argumentierten, die Datenbasis der Vereinten Nationen für ein Referendum sei nicht ausreichend, erklärten die MINURSO-Vertreter, dies stimme teilweise, da man vor einigen Jahren aufgehört habe, die Listen fortzuführen. Es sei aber kein Problem, diese zu aktualisieren. Auf Nachfrage der Abgeordneten erklärten die MINURSO-Vertreter, in der Regel dauere eine Mission einzelner Personen vier Jahre und MINURSO selbst erhalte jährlich ein neues Mandat für die Arbeit. Es sei nicht leicht, engagierte VN-Mitarbeiter zu bekommen, da Laayoune als Standort nicht sehr attraktiv sei. Es sei ein sehr isolierter Einsatzort und die nächste größere Stadt, Agadir, liege 600 Kilometer weit entfernt.

III. Marokko

1. Details aus den Gesprächen

1.1 Auswärtiger Ausschuss

Der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Islamangelegenheiten des marokkanischen Parlaments, **Driss Sentissi**, begrüßte die Abgeordneten und stellte die sieben weiteren Mitglieder seines Ausschusses, die von verschiedenen Parteien kamen, vor. Der **Delega-**

tionsleiter informierte die Abgeordneten über das vorausgegangene Reiseprogramm der deutschen Abgeordneten und betonte, Ziel der Reise sei es, sich vor Ort in Gesprächen mit allen Beteiligten ein Bild der Situation zu machen und sich zu informieren.

Abg. Hänsel erklärte, ohne eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der gesamten Region werde es keine Verbesserung der Menschenrechtssituation geben. Sie interessiere deshalb auch, wie die marokkanischen Abgeordneten die Anstrengungen ihrer Regierung beurteilten, zur Lösung des Konfliktes zu kommen und wie sie zu einer Durchführung des Referendums stünden.

Driss Sentissi und sein Kollege von der sozialdemokratischen Partei Marokkos (USSP), **Herr Ibrahimi** betonten, die eingeschlagene Politik ihrer Regierung sei der einzig gangbare Weg. Damals habe Marokko alles getan, um das Referendum zu verwirklichen, jetzt sei es eigentlich nicht mehr durchführbar. In Marokko selbst werde es ein Referendum zur weiteren Regierungspolitik geben und das Volk könne über die Zukunft des Landes entscheiden. Ein Referendum zur Unabhängigkeitsfrage der Westsahara hingegen sei nicht möglich. Die Polisario sei kein Verhandlungspartner und führe das Lager in Tindouf wie ein Konzentrationslager. Die Würde der Menschen werde dort nicht geachtet und Menschenrechte würden mit Füßen getreten. Wichtig sei, dass diese Leute wieder zurück nach Hause könnten, denn Algerien sei nicht ihre Heimat. Tindouf sei kein echtes Flüchtlingslager sondern militärisch beherrscht. Die Welt könne diese Situation nicht hinnehmen. Die Gesamtsituation und Problematik der Westsahara sei eine Folge der Kolonialzeit. Menschen mit gemeinsamer Geschichte, Sprache, Religion und Werten seien auf gesplittet worden in verschiedene Enklaven und Regionen. Man müsse nun aufpassen, nicht in den Kolonialismus von früher zurückzufallen. Man müsse auch die Frage stellen, wem die derzeitige Grenzziehung im Nahen Osten diene. Man glaube an die Universalität der Menschenrechte und es müsse eine Lösung für den Konflikt geben. Man bedauere sehr, dass Abgeordneter Beck, der frühzeitig abreisen musste, an diesem Gespräch nicht teilnehmen könne, da dieser eine nicht nachvollziehbare Haltung zu dem Problem habe. Er sei mit seiner Position in die „Falle“ des Prin-

zips der Selbstbestimmung getappt. Es müsse noch einmal festgehalten werden, dass Tindouf wie ein KZ sei und kein Flüchtlingslager, so **Ibrahimi**.

Abg. Graf hielt dem entgegen, der Vergleich des Flüchtlingslagers in Tindouf mit einem KZ sei völlig unakzeptabel und nicht hinnehmbar. Sie empfehle Herrn Ibrahimi dringend, sich mit der Geschichte Deutschlands und den damaligen KZs zu befassen. Damals sei das Ziel der Nazis die Auslöschung einer ganzen Bevölkerungsgruppe gewesen. Ein solcher Vergleich sei absolut inakzeptabel. Als Deutsche sei man in diesem Punkt außerordentlich empfindlich und sie weise diesen Vergleich mit Empörung zurück. Es habe in Tindouf weder Streitkräfte noch Waffenlager gegeben und die internationale Staatengemeinschaft sei dort vertreten. Mit dem KZ Vorwurf kritisiere er auch die internationale Staatengemeinschaft, die dann ja den Bestand eines KZs ermögliche. Und gerade weil die Spanier das Gebiet kolonialisiert hatten, müsse es nun das Referendum über die Unabhängigkeit geben. Im Übrigen sei 1988 auch Marokko einverstanden gewesen, ein solches Referendum durchzuführen. Wenn sie nun aber alle Marokkaner hierzu befragen wollten, würden sie die Westsahara als Teil Marokkos sehen, dass sie keinesfalls sei.

Ibrahimi hielt dem entgegen, die Abgeordneten hätten das Lager in Tindouf nicht richtig gesehen, dort gebe es auf kleinstem Raum zwei Gefängnisse, die sich die Abgeordneten auch hätten ansehen müssen. Mit seiner Position gegenüber der Westsahara sei Marokko im Übrigen keinesfalls isoliert. Im Gegenteil. Bi- und Multilateral sei Marokko ein angesehenes Mitglied der Staatengemeinschaft. Im Krieg gegen die Sahraoui habe es viele Tote gegeben und man wolle vermeiden, dass es weitere Tote gibt. Deswegen sei die Mauer (der Berm) gebaut worden. Mit der Mauer in Berlin sei dieser Berm keinesfalls vergleichbar. Die Abgeordneten hatten zuvor darauf hingewiesen, dass eine Mauer keine Lösung für ein Problem sei, wie man letztendlich auch an der Mauer in Deutschland gesehen habe.

Die **Abgeordnete** der Partei „Gerechtigkeit und Entwicklung“ (eine islamistische Organisation) **Nezha El Ouali**, betonte, dass es eine Lösung für das Westsahara Problem nur geben werde, wenn beide Seiten zusammen arbeiteten. Im Sin-

ne der Menschen und der Einhaltung der Menschenrechte müsse man ein friedliches Zusammenleben anstreben. Wichtig sei hier auch, die Rechte der Frauen umzusetzen und den Kindern eine gute Schulbildung zu ermöglichen, um ihnen ein besseres Leben in Aussicht zu stellen.

Der Delegationsleiter erklärte, auch ihnen gehe es um den Schutz der Menschenrechte, insbesondere dem Schutz der Frauen und Kinder. Ein Problem bei der Frage des Referendums sei die Definition als Sahraoui. Marokko gehe als Voraussetzung für eine Lösung davon aus, dass die Westsahara ein Teil Marokkos sei. Dies werde weder von der Polisario noch von der Völkergemeinschaft anerkannt. Sowohl die Abgeordneten als auch die deutsche Regierung hätten die Position, dass die Westsahara keinesfalls Teil Marokkos sei und befänden sich mit dieser Auffassung in Übereinstimmung mit den Vereinten Nationen.

Zu dem Vorwurf man habe das Lager nicht richtig gesehen, erklärte er, man habe sich sehr wohl ausführlich dort anschauen können und habe sogar dort übernachtet. Militär sei aber fast nicht zu sehen gewesen. Im Übrigen weise auch er den KZ-Vergleich mit Empörung zurück. Auch er sehe hierin einen Vorwurf gegenüber den Vereinten Nationen, die diese Situation dann ja mittragen würden. Die Polisario kümmere sich sehr wohl um die Belange der Flüchtlinge. Man müsse aber auch sehen, dass die äußeren Bedingungen dort sehr schlecht seien und selbst die Versorgung durch die Vereinten Nationen nicht ausreichend sei.. Auch die Marokkaner müssten einsehen, dass den Sahraouis das hohe Gut der Selbstbestimmung zukommen müsse. Es könnte durchaus sein, dass es ihnen in einer Selbständigkeit anschließend schlechter gehe, dann sei dies aber ihre eigene Wahl gewesen.

Abg. Tören verwies auf die mögliche Isolierung der marokkanischen Regierung mit ihrer Position zum Westsaharakonflikt. Auch Marokko müsse aus Eigeninteresse doch an einer schnellen Konfliktlösung interessiert sein, zumal die Aufrechterhaltung des Berm enorme Kosten verursache.

Die **Abgeordnete** der sozialen Fortschrittspartei (PPS) **Gajmoula Ebbi** erklärte, man habe in den letzten 35 Jahren positive und negative Entwicklungen gehabt. Nun sei es an der Zeit, in die Zukunft zu schauen und eine gute Lösung für die Menschen zu finden. Die Abgeordneten hätten in dem Lager sehen können, wie schwierig die Situation für die Menschen dort sei. Verwandte und Familienangehörige auch von den marokkanischen Abgeordneten lebten dort und es seien doch ihre Brüder und Schwestern. Der Konflikt habe nicht nur Tote gefordert, sondern Familien auseinandergerissen. Auch das würden die Deutschen von ihrer Geschichte her kennen. Man müsse ferner sehen, dass aufgrund der Situation und der Ungeduld der jungen Generation dort eine große Instabilität sei. Dies könne sich auf die gesamte Region auswirken. Deswegen habe auch Marokko ein großes Interesse daran, eine Lösung zu finden. Sie sei der Auffassung, dass beide Seiten nicht genug täten, um eine Lösung zu finden, weder Marokko noch die Frente Polisario. Man brauche einen großen politischen Willen. Die Menschen träumten von einer friedlichen und guten Zukunft. Marokko schlage eine Selbstbestimmung vor, damit die Menschen endlich gut leben könnten. Die Frente Polisario beharre aber auf der ausschließlichen Lösung durch ein Referendum. Aus ihrer Sicht sei jeder Vorschlag gut, der die Unterstützung der Bevölkerung finde. In diesem Falle sei auch die Autonomie ein möglicher Vorschlag. Auf jeden Fall müsse man sehen, dass ein Krieg keine Probleme löse. Sie glaube auch, dass die positive Entwicklung in Marokko mit einer weiteren Demokratisierung und den großen Verfassungsreformen und Demokratiereformen im Lande auch Auswirkungen auf die Westsahara haben werde. Die Zivilgesellschaft müsse aufgebaut und gestärkt werden. Man glaube, dass man in diesem Bereich von Deutschland lernen könne.

Ein anderer Kollege des Auswärtigen Ausschusses versuchte den KZ-Vergleich von Ibrahimi zurückzunehmen und erklärte, dieser Begriff sei „unglücklich“ gewählt. Es sei kein echter Vergleich gemeint gewesen. In der Westsaharafrage hätten im Übrigen die Marokkaner alle dieselbe Auffassung. Hier gebe es auch zwischen den Parteien keine Unterschiede. Regierung, Parlament, und das Volk seien einig mit dem König in dieser Frage. Das Parlament habe Mitspracherecht und in außenpolitischen Angelegenheiten höre sich der Außenminister die Positionen und die Perspektive des Ausschusses an und greife Vorschläge

auf. Das Problem bei dem ehemals von Marokko selbst vorgeschlagenen Referendum sei nun, dass von Seiten der Polisario nicht alle Wahlberechtigten anerkannt würden. Es gebe Sahraouis, die in Marokko lebten, und die selbstverständlich dann auch an dem Referendum beteiligt werden müssten. Die Sahraouis seien in mehrere Stämme aufgesplittert, die in verschiedenen Regionen ansässig seien. Man wolle nicht, dass sich alle Marokkaner an dem Referendum beteiligten, aber alle betroffenen Sahraouis, auch die, die in Marokko lebten. Marokko habe zudem Algerien schon sehr oft aufgefordert, die Grenzen zu öffnen und den Austausch der Völker zu ermöglichen. Die Völker gehörten zusammen.

Die **deutsche Delegation** betonte, sie verstehe den Widerstand Marokkos nicht. Man brauche zur Lösung ein Referendum und dies sei nur der erste Schritt. Es sage ja noch nichts über den zukünftigen Staat aus. Es müsse aber ein Referendum mit der Wahl von verschiedenen Optionen geben. Man verstehe nicht, warum Marokko sich sperre, wenn Marokko so davon überzeugt sei, dass sich die Mehrheit für eine Zugehörigkeit zu dem marokkanischen Königreich entscheiden werde.

Die **marokkanischen Abgeordneten** hielten dem entgegen, man biete den Sahraouis eine fortgeschrittene Autonomie und die Menschen wollten dies auch. Sie fühlten sich als Teil Marokkos und dem König verbunden. Und zu dem Einwand von Abg. Tören betonten sie erneut, dass Marokko keinesfalls isoliert sei, im Gegenteil.

1.2. Nationale Kommission für Menschenrechte (CNDH)

Der Vorsitzende der **CNDH, El Hannouchi**, erklärte, dass es seine Kommission erst seit wenigen Wochen gebe und er davon ausgehe, dass nun das Schweigen über Menschenrechtsverletzungen aufhören werde. Die Unruhen und Gewalttätigkeiten bei dem Protestcamp in der Westsahara hätten seiner Auffassung nach auch im Norden Marokkos passieren können. Marokko habe sich seit den 90er Jahren menschenrechtlich positiv entwickelt und sei nicht vergleichbar mit den Nachbarstaaten. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission, die vom König installiert worden sei, habe erheblich dazu beigetragen. Man

befasse sich mit Menschenrechtsverletzungen und Folter und suche die Verantwortlichen dafür. Nun gehe es darum, mit Hilfe der neuen Menschenrechtskommission die Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission umzusetzen. Ziel sei es, eine Strategie zu entwickeln, um die Straflosigkeit zu bekämpfen und eine Politik der guten Regierungsführung zu etablieren. Auf die Frage der Delegation zu dem Fall des im Dezember letzten Jahres getöteten Sahraoui, dessen Leiche noch immer nicht an die Familie übergeben worden sei, erklärte er, die Familie habe sich geweigert, die Leiche entgegenzunehmen. Dahinter steckten politisches Kalkül und eine politische Agenda. Die Menschen kämpften für Selbstbestimmung in der Westsahara und betrachteten den Getöteten als Märtyrer. Friedliche Meinungsäußerungen in der Region seien erlaubt, nicht aber kriegerische oder gewalttätige. Auch sei es möglich, zentrale politische Positionen in den Medien kundzutun. Diese Zeitungen würden dann nicht konfisziert oder verbannt. Zu dem Verschwindenlassen von Personen erklärte er, aufgrund von Sicherheitsbedenken seien Menschen in der Westsahara „gezwungen worden zu verschwinden“. Dies habe aber nicht nur auf Menschen in der Westsahara zugetroffen, sondern auch auf Oppositionelle im Norden Marokkos.

Der **Delegationsleiter** verwies auf die Liste mit Gefangenen und Verschwundenen, die ihnen in Laayoune überreicht worden sei und bat darum, dass die Nationale Kommission für Menschenrechte diese Liste überprüfe. Dies sei für den CNDH wahrscheinlich einfacher als für die deutschen Abgeordneten.

El Hannouchi erklärte, man selbst habe 762 Fälle von verschwundenen Personen, bis auf 7 Fälle seien inzwischen alle geklärt.

1.3 Marokkanisches Außenministerium

Da die Delegation im Außenministerium aufgrund der Verzögerungen der vorhergehenden Termine verspätet eintraf, konnte sie nicht mehr – wie angekündigt – mit dem Außenminister selber sprechen sondern mit seinem Stellvertreter, Botschafter Nasser Bourita, der gleichzeitig Generaldirektor für multilaterale Beziehungen und globale Zusammenarbeit ist. Der **Delegationsleiter** verwies auf die verschiedenen Gespräche, die die deutschen Abgeordneten im Laufe

der Woche gehabt haben und dass dort immer wieder die Sprache auf den Schutzwall (Berm) gekommen sei und sich dabei die Kernfrage gestellt habe, warum Marokko gegen ein Referendum zur Unabhängigkeit der Westsahara sei. Wenn, wie die marokkanische Seite immer behauptete, ohnehin 70-80 Prozent der Befragten für eine Zugehörigkeit zu Marokko plädieren würden, interessiere ihn, warum es dann unmöglich sei, dieses Referendum durchzuführen. Die Menschenrechtssituation in der Westsahara und in Tindouf sei nicht hinnehmbar und es sei keinesfalls so, dass die Frente Polisario für diese Umstände verantwortlich sei.

Bourita erwiderte, die Abgeordneten hätten mit eigenen Augen sehen können, dass es zwar humanitäre Probleme gebe und die sozioökonomischen Rechte wie zum Beispiel Wasser- und Lebensmittelversorgung, verbessert werden müssten, dennoch sei die Westsahara keine Kriegszone und es gebe dort keine Intifada. Man müsse klar sehen, dass es einen sehr großen Unterschied gebe zwischen der Situation in Laayoune, das frei und gut versorgt sei, und Tindouf, in dem die Flüchtlinge nicht frei leben könnten und völlig unterversorgt seien. Die schwierige Situation in Tindouf sei selbstverständlich auch der Polisario zuzuschreiben, die in dem Lager die Kontrolle habe. Wenn es in der Westsahara zu Menschenrechtsverletzungen komme, könnten die Menschen vor Gericht gehen, diese Möglichkeit hätten sie aber nicht in Tindouf. Dort gebe es keinen algerischen Richter und man müsse sich fragen, nach welchem Recht dort geurteilt werde. Tindouf sei Teil des algerischen Territoriums und Algerien sei ebenfalls verantwortlich für die Situation dort. Den Sahraouis sei es nicht erlaubt, außerhalb von Tindouf in Algerien zu leben oder zu studieren. Die Menschen in Tindouf seien verdammt, dort zu leben und zu sterben. Die Situation dort sei im Übrigen eher geprägt durch die Frage nach politischen Rechten als durch die Frage nach den Menschenrechten. Bei der Frage nach dem Referendum müsse man bedenken, dass es sich bei den Sahraouis um Nomaden handle. Die Menschen in Mali, in der Westsahara, in Algerien und in Marokko gehörten denselben Stämmen an. Die Frage nach der Wahlberechtigung sei eine Kernfrage und ein ernsthaftes Problem. Man müsse deshalb darüber nachdenken, ob die einzige Lösungsmöglichkeit tatsächlich ein Referendum sei. Ein Referendum sei ein Minderheitenrecht, wie zum Beispiel auch in Ost-Timor, und

durchaus Praxis der Vereinten Nationen, dennoch sei ein solches Referendum nicht sakrosankt. Die Polisario beharre auf einem Referendum, Marokko hingegen biete Verhandlungen an, die auch zu einer Lösung führen könnten. Zu den Verhandlungen mit dem UN-Sonderbeauftragten Ross erklärte er, die marokkanische Seite sei nicht gegen diese Verhandlungsrunden, sondern man suche auch selbst nach Lösungen.

Der **Delegationsleiter** wies darauf hin, dass er am Flughafen von einem Mann angesprochen worden sei, der gehört habe, dass er deutsch spreche. Er sei ein Sahraoui gewesen und habe erklärt, er müsse vorsichtig sein, nicht mit ihm als Ausländer gesehen zu werden. In Laayoune seien sie zudem abends bei einem Spaziergang von Passanten auf der Straße darauf aufmerksam gemacht worden, dass sie von der Polizei überwacht würden. Ihn interessiere nun, so der Delegationsleiter, wie so etwas in einem freien Staat passieren könne.

Bourita entgegnete, er verstehe überhaupt nicht, warum diese Person Angst haben müsse. Man habe der Delegation schließlich auch erlaubt, sich mit CODESA und CODAPSO in Laayoune zu treffen. Die **Delegation** hielt dem entgegen, man habe die Gespräche in der Westsahara nicht geführt, weil die marokkanische Regierung dies „gestattet“ habe, sondern weil man dies gewollt habe. Die Westsahara gehöre nicht zum Staatsgebiet Marokkos und man müsse sich keine Erlaubnis von der marokkanischen Regierung für Gespräche dort einholen.

Abschließend wollten die deutschen Abgeordneten noch wissen, was das Außenministerium zu den Foltervorwürfen sage. Es sei eindeutig gewesen, dass nicht nur einzelne Personen gefoltert worden seien. Zudem sei man entsetzt gewesen, dass bei dem Treffen mit dem Auswärtigen Ausschuss die Situation in Tindouf mit einem KZ verglichen worden sei. Dies sei nicht hinnehmbar. Wenn man tatsächlich eine Lösung für das Problem suche, solle man sich nicht auf diese Niveau begeben. Die Polisario-Vertreter seien zwar politisch völlig entgegengesetzter Meinung wie die marokkanische Seite, dennoch sei man dort einer solchen Rhetorik nicht begegnet.

Bourita entgegnete, die Abgeordneten müssten mit der algerischen Regierung sprechen. Diese sei verantwortlich für die Situation in Algerien, nicht Marokko. Es sei jedoch unmöglich, mit der algerischen Regierung über Menschenrechte zu reden.

C. Empfehlungen

Bei der Einschätzung der humanitären Situation in dem Lager in Tindouf waren sich die Abgeordneten quer durch die Fraktionen einig. Die dem UNHCR zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht für eine adäquate Versorgung der dortigen Bevölkerung aus, so dass überlegt werden sollte, inwieweit die Bundesrepublik Deutschland und die EU mehr Unterstützung leisten müssten. Einig war man sich auch bei der Bewertung der menschenrechtlichen Situation. Folter und Verschwindenlassen von Gefangenen könne nicht geduldet werden und hier müsse überlegt werden, in welcher Form Druck auf die marokkanische Regierung ausgeübt werden kann. Ein erster Schritt werde sein, die Gefangenenlisten und die Vorwürfe von unabhängigen Organisationen wie amnesty international überprüfen zu lassen, um dann das weitere Vorgehen abzuwägen. Einig war man sich auch, dass das MINURSO-Mandant eine Menschenrechtskomponente enthalten müsse und Deutschland einen Teil dazu beitragen könne, dieses Thema bei den Vereinten Nationen zu befördern.

Welche Schritte die Fraktionen mit Blick auf das Referendum zu der Frage der Unabhängigkeit der Westsahara unternehmen, ist noch offen. Hierzu gibt es verschiedene Positionen und die Delegationsteilnehmerinnen und –teilnehmer werden dieses Thema zunächst in der eigenen Fraktion aufgreifen.

D. Dank

Der Erfolg der Reise nach Algerien, Marokko und in die Westsahara war nur möglich durch die sehr gute, flexible und kompetente Betreuung bei der Planung und Durchführung durch die beteiligten Deutschen Botschaften, die politischen Abteilungen sowie das Parlaments- und Kabinettsreferat im Auswärtigen Amt. Zu danken ist auch dem UNHCR und MINURSO, die organisatorische Unterstützung geleistet haben und für Gespräche vor Ort zur Verfügung standen. Sehr hilfreich war die Unterstützung durch Jamal Zakari, den politischen Reprä-

sentanten der Polisario in Deutschland, auch wenn dies ebenfalls im Interesse der Polisario erfolgte. Ein weiterer Dank geht an die Bundestagsverwaltung, die mit zahlreichen Referaten in bewährter Weise die Reise unterstützt hat. Last but not least ist natürlich der Dolmetscherin des Bundesverteidigungsministeriums, Frau Cornelia Preusche, zu danken, die in hervorragender und bewundernswert ausdauernder Weise die Kommunikation zwischen den deutschen Gästen und den Gesprächspartnern vor Ort erst möglich machte.